



FREIE WÄHLER

Oberbayerns starke Mitte.



CHANCE OBERBAYERN 2.0

**MODERN, LIEBENSWERT
UND LEISTUNGSFÄHIG**

GRUNDSATZPROGRAMM DER FREIEN WÄHLER OBERBAYERN

CHANCE OBERBAYERN

**EINE GRÜNE REGION MIT TRADITION.
MODERN, LIEBENSWERT UND LEISTUNGSFÄHIG!**

Oberbayern mit seiner Landeshauptstadt München ist die tragende Säule für den Wohlstand und den Erfolg unseres Freistaates. Allerdings haben Pandemie, Inflation, Energiekrise und eine nicht berechenbare Politik in Berlin einen Schatten über unsere Heimat geworfen. Einen Schatten, dem bis dato die Innovationskraft, der Esprit und die wirtschaftliche Stärke nichts anhaben konnten. Aber gerade deshalb sind wir, die wir in Dorf, Stadt und Land Verantwortung tragen, gefordert uns der neuen Situation zu stellen und die Herausforderung einer neuen Zeit anzunehmen, damit unsere Heimat Oberbayern auch weiterhin der liebenswerte Fleck Welt bleibt, in dem wir unsere Enkelkinder großwerden sehen wollen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, neu zu denken und unser ehemaliges Positionspapier zu überarbeiten.

Unsere Heimat als das Land vor den Bergen, wie es vom Domberg zu Freising aus gesehen vor uns liegt – mit Äckern, Wiesen, Wäldern, der Landeshauptstadt München, dem Flughafen und im Süden den Seen sowie an Föhntagen den Alpen – ist ge-



prägt sowohl von innovativem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum als auch von ursprünglichen Traditionen, bäuerlichem Brauchtum und einer grandiosen Landschaft.

Oberbayern liegt im Herzen Europas und ist Kreuzungspunkt von vielen Wegen und Einflüssen. Oberbayern ist eine empfangende und schenkende Heimat für Viele. Oberbayern ist mit seiner Wirtschaftsachse Ingolstadt-München-Rosenheim der Jobmotor und Grundstein für den Wohlstand in Bayern, Deutschland und Europa. Was hier passiert hat letztlich eine globale Bedeutung. Deshalb ist es unsere Aufgabe, auf allen politischen Ebenen Oberbayern zukunftsfähig zu machen. Hierzu ist es wichtig, dass die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden. Dazu gehören nicht nur der konsequente Ausbau von Schiene und Straße, sondern auch all jene Bereiche, die der Daseinsvorsorge und dem Gemeinwohl in unseren Dörfern und Gemeinden dienen.

Es ist wichtig, Oberbayern als die gastfreundliche Tourismusregion in Deutschland zu stärken. Als Land der Berge, der Seen und Königsträume. Gastlichkeit hat einen Namen: Oberbayern. Und dieser muss uns Auftrag und Pflicht sein. Grundlage für unsere Identität und unser Selbstbewusstsein ist nicht nur der Wohlstand aufgrund der Wirtschaftskraft, sondern vor allem die mit Herzblut gelebten Traditionen, welche aus der Tiefe unserer über 2000 Jahren alten Geschichte und unserem Glauben entspringen.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Landeshauptstadt München und die ländlichen Regionen nicht als Gegensatz, sondern als Einheit, als Oberbayern, gesehen werden. Münchener Lebensart erstreckt sich weit über das jetzige S-Bahnnetz in das Land hinaus. Dort trifft sie auf bäuerliches Brauchtum und entwickelt das, was die Welt bewundert und wir die liberalitas bavarica nennen. Leben und leben lassen. Ein Lebensmotto, das heute sowohl von rechter wie linker Ideologie in Frage gestellt und bedroht wird. Wenn wir weiterhin in Liberalität,

Freizügigkeit und Wohlstand leben wollen, müssen wir nicht nur die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen annehmen, sondern auch die, die durch Ideologien unsere Lebensweise und unsere Art des Menschseins in Frage stellen, ja sogar ablehnen.

Mein ganz besonderer Dank und ein großes „Vergelt's Gott“ an Herrn Otto Bußjäger, der sich in großartiger Weise dieses Projekt zu eigen gemacht hat und zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt hat. Das Positionspapier soll jetzt mit Leben erfüllt werden und den FREIEN WÄHLERN Oberbayern in den Dörfern, Städten, Landkreisen sowie im Bezirk und im Landtag als Handreichung und Hilfestellung dienen.

Ich wünsche Ihnen allen, dass die „Chance Oberbayern“ für Ihre politische Arbeit dienlich ist und Sie erfolgreich für eine glückliche Zukunft unserer Heimat wirken können.

Ihr



Florian Streibl, MdL
Bezirksvorsitzender
der FREIEN WÄHLER Oberbayern



CHANCE OBERBAYERN

**EINE GRÜNE REGION MIT TRADITION.
MODERN, LIEBENSWERT UND LEISTUNGSFÄHIG!**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der FREIEN WÄHLER und Unabhängigen Bürgerbewegungen!

Die Welt um uns herum ist in einem ständigen Wandel, und wir stehen heute vor beispiellosen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Digitalisierung, sozialer Ungleichheit und geopolitischen Spannungen. In dieser aktualisierten zweiten Ausgabe unseres Grundsatzprogramms möchten wir Ihnen unsere erneuerten Visionen und Ziele vorstellen. Etliche unserer Positionen haben sich nicht verändert, andere sind durch diese aktuelle Herausforderungen hinzugekommen.

Dieses Grundsatzprogramm 2.0 ist mehr als nur ein Wahlprogramm; es ist das Herz und die Seele der FREIEN WÄHLER Oberbayern. Es spiegelt unsere tiefen Überzeugungen und Werte wieder, die nicht nur Lösungswege eröffnen, sondern unser



politisches Handeln berechenbar und zuverlässig machen. In einer Zeit der rasanten Veränderungen, ist diese konservative Eigenschaft unerlässlich.

Wir stehen für pragmatische und alltagstaugliche Lösungen, im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger in den Städten wie auf dem Land. Geprägt von einem christlichen Weltbild und einem sozial, liberalen Politikstil mit konservativem Grundverständnis, steht für uns der Mensch immer im Mittelpunkt. Wir sind zukunftsgerichtet und setzen uns für einen effizienten, nicht bürokratisch überladenden Staat ein. Unser liberaler Ansatz ermöglicht es, die Stärken und Talente jedes Einzelnen für das Wohl der Gesellschaft zu fördern und Vertrauen zu schaffen.

„Gemeinsam geht's besser und gemeinsam schaffen wir mehr!“ Dieser Leitspruch bleibt unser Ansporn. Es geht uns um den positiven Nutzen für unsere Gesellschaft, um den Erhalt der Schöpfung und um Offenheit gegenüber Neuem. Aber wir laufen nicht jedem Trend oder Zeitgeist hinterher! Wir halten unseren Kurs und garantieren unseren Wählerinnen und Wählern Zuverlässigkeit und Vertrauen auf allen politischen Ebenen, von den Kommunen und der Staatsregierung bis ins Europaparlament.

Ich danke allen, die sich in den vergangenen neun Jahren an der Erstellung und an der Überarbeitung unseres Grundsatzprogramms teilgenommen haben. Ganz besonders bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Grundsatzkommission und bei Florian Streibl, der mit diesem Prozess der breiten Basis die Möglichkeit gibt, die Richtung der gesamten

FREIEN WÄHLER und Unabhängigen Gruppierungen mitzugestalten. Ihr Engagement und ihre Ideen haben dieses Grundsatzprogramm zu dem gemacht, was es heute ist.

Zusätzlich möchten wir betonen, dass dieses Grundsatzprogramm ein lebendiges Dokument ist, das sich weiterentwickeln wird. Wir sind offen für den Dialog und die Anregungen unserer Mitglieder und der Öffentlichkeit. Nur durch kontinuierliche Anpassung und Erneuerung können wir den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden.

Für eine gute Zukunft brauchen wir weiterhin Halt, Orientierung und Sicherheit. Dies sichert unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Freiheit. Lassen Sie uns gemeinsam an einer besseren Zukunft, an einer nachhaltigen und gerechten Zukunft für alle Menschen und für die zukünftigen Generationen in Oberbayern arbeiten.

Ihr
Otto Bußjäger
Leiter der Grundsatzkommission
der Freien Wähler Oberbayern



UNSERE GRUNDSATZKOMMISSION



Otto Bußjäger



Florian Streibl



Dirk Wöhling



Birgit Eibel



Markus Reichhart



Hans Friedl



Dr. Wolfgang Beer



Florian Zeller



Pauline Miller



Katrin Müller





Marc Schirmer



Petra Flauger



Michael Aumer



Maria Hörtrich



Anton Haunsberger



Hans-Peter Mehling



Markus Weber



Martina Edl



Claus Müller



Herbert Uhl



UNSERE GRUNDSÄTZE

FREIE WÄHLER in Oberbayern:

Bayerns starke Mitte 11

Vor Ort, tatkräftig und modern	11
Sozial und liberal	11
Kommunal engagiert	11
Der Mensch im Mittelpunkt	11

Unsere Vision für Bayern:

modern, lebenswert und leistungsfähig 12

Werte eröffnen Chancen	12
Hand in Hand in die Zukunft	12
Kooperation statt Konfrontation	12

Zukunft

Herausforderungen mit Chancen! 13

Globalisierung	13
Europapolitik	14
Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI)	14
Regionalität	15

Halt – Sicherheit – Orientierung 16

Die Einzelnen und die Gemeinschaft:	
Niemand darf auf der Strecke bleiben	16
Wohnen, Arbeiten und Leben im Einklang	16
Gleichwertige Lebensverhältnisse	17
Kunst, Kultur und Brauchtum	17
Demokratie und Bürgerbeteiligung	18
Migration und Integration	18
Sport stärkt unsere Gesellschaft	19
Junge Menschen sind unsere Zukunft	19
Würdevolle Unterstützung im Alter	20
Gesundheit und Pflege	21

Wirtschaft und Finanzen:

Sozial verantwortlich agieren 22

Infrastruktur: modern, sicher und leistungsfähig	22
Mobilität und Verkehr	23
Digitalisierung in den Kommunen	24
Chancengleichheit für mittelständische Unternehmen	24
Energieversorgung: sicher, bezahlbar, umweltfreundlich und zuverlässig	25
Forcierung regionaler Wertschöpfung	26
Kommunale Selbstverwaltung: solide und nachhaltig	26

Umwelt:

Gemeinsam schützen! 28

Klima- und Umweltschutz:	
Auftrag und Verpflichtung	28
Energiewende: Regenerativer Energie-Mix	29
Ökologie und Ökonomie:	
miteinander, nicht gegeneinander	30
Landwirtschaft: Bio, regional und fair	30
Verantwortung vor Ort übernehmen	31

Heimat:

Gemeinsam leben und gestalten 32

Unser Land: traditionsbewusst und weltoffen	32
Stadt und Land: Hand in Hand	32
Region Oberbayern: vielfältig und solidarisch	33
Alpenregion: Lebensraum mit Zukunft	33
Naturschutz und Tierschutz	34
Ehrenamt:	
Garant für eine solidarische Gesellschaft	34
Familie: Vorbild für unsere Kinder	35

Sicherheit:

Gemeinsam Vertrauen schaffen 36

Demokratie: Garant für unsere Freiheit	36
Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung	36
Recht: Garant für Frieden und Sicherheit	36
Gleiches Recht für alle	37

Bildung:

Gemeinsam handeln lernen 38

Bildende Betreuung	
auf dem Weg ins Leben	38
Fit für die Zukunft	38
Faire Chance für alle	39
Mehr als Wissen: Bildung schafft Zukunft	39
Schule und Wirtschaft:	
Hand in Hand für die Region	40
Schule und Medienkompetenz	40
Bezahlbare Bildung für alle	40
Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft	41

Organigramm

künftiger Verbands- und Parteistruktur	42
--	----

MASSNAHMENKATALOG

Zukunft – eine Herausforderung mit großen Chancen! 45

Globalisierung	45
Digitalisierung und KI	45

Halt – Orientierung – Sicherheit 45

Soziale Absicherung	45
Wohnen – Arbeiten – Leben	45
Gleichwertige Lebensverhältnisse	45
Gesundheit und Pflege	46
Jugend und ältere Menschen	46
Migration und Integration	46
Sport und Kultur verbinden	46

Sicherheit bei der Infrastruktur 47

Straßen- und Schienennetz	47
ÖPNV	47
E-Mobilität	48
Faire Arbeit – Fairer Lohn - Verbraucherschutz	48
Ökologische Energie	48
Regionale Wertschöpfung	48
Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie	48
Generationsübergreifende Finanzen	49
Verantwortung für Kinder und Erwachsene	49
Offen sein für Neues	49
Solidarität und regionale Vielfalt	49
Starkes Ehrenamt	49
Politik fängt an der Haustür an	49
Landschaft ist Leben	50
Freiheit und Recht	50
Frieden im Innen wie im Außen	50
Gleichberechtigung - Akzeptanz	50
Verbraucherschutz	50
Familie als Vorbild für Kinder	50
Bildende Betreuung	50
Bildung ist mehr als Wissen –	
Bildung schafft Zukunft	51
Technologie – Innovation für die Zukunft	51
Faire Chancen für Alle	51
Bildungsregionen als starke Förderer	51
Gebührenfreiheit für Betreuung und Bildung	51
Internet und Schule	51

IMPRESSUM

Herausgeber:
FREIE WÄHLER Oberbayern e. V.
Giesinger Bahnhofplatz 8
81539 München
Tel.: 089-52034672
geschaeftsstelle@fw-ooberbayern.de

V.i.S.d.P.:
Otto Bußjäger
Altlaufstraße 38
85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn

Texte Grundsatzkommission:
Otto Bußjäger

Bildnachweis:
iStock, Otto Bußjäger, Klaus Schunk

UNSERE GRUNDSÄTZE



FREIE WÄHLER IN OBERBAYERN: BAYERNS STARKE MITTE

Vor Ort, tatkräftig und modern

Die FREIEN WÄHLER tragen als politische Kraft aus der Kommune heraus Verantwortung für Bayern, Deutschland und Europa. Aufgrund zahlreicher Vorgaben, Gesetze, Verbote, Gebote und Richtlinien, welche aus München, Berlin, Brüssel oder gar aus der Weltgemeinschaft kommen, ist es entscheidend, sich auf allen Ebenen für praxisnahe und alltagstaugliche Lösungen einzusetzen. Denn für uns FREIE WÄHLER ist die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung politischer Entscheidungen immer Mittelpunkt unserer Arbeit. An erster Stelle stehen bei unserer politischen Tätigkeit die Menschen vor Ort mit ihrer Lösungskompetenz.

Die FREIEN WÄHLER sind mit ihren Mandatsträgern eine kraftvolle und verantwortungsbewusste politische Einheit. Wir tragen in vielen Organisationen und Vereinen Verantwortung für unsere Heimat, für unsere Bürgerinnen und Bürger. Unsere Mitglieder kommen aus der Mitte der Gesellschaft und gestalten unsere Städte und Gemeinden innovativ, zukunftsorientiert, modern und gleichzeitig traditionsbewusst. Grundsätzlich haben wir FREIE WÄHLER ein wertebasiertes, eher konservatives Politikverständnis.

Sozial und liberal

Es entspricht unserem Selbstverständnis, Talente und Stärken der Einzelnen zuzulassen und zu fördern und damit individuelle Lösungen für die Herausforderungen vor Ort zu ermöglichen. So entsteht für die Region und die Gemeinschaft der größte Mehrwert. Mit diesem liberalen Grundsatz stehen wir FREIE WÄHLER für eine starke, solidarische Gemeinschaft, für Welt-offenheit und Toleranz.



Kommunal engagiert

Bayerns Zukunft wird von den Menschen vor Ort entschieden. Als Motor und Ideengeber sind wir die Partei der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Unsere Basis engagiert sich vornehmlich in den Kommunen. Gerade im Zeitalter des Wandels stehen wir in Oberbayern für starke, leistungs- und handlungsfähige Landkreise und Kommunen. Wir FREIE WÄHLER wollen nachhaltig unsere Heimat als einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiterentwickeln.

Der Mensch im Mittelpunkt

Die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland haben unser Leben und unser Land in den vergangenen Jahrzehnten geprägt und zum Erfolg geführt. Friede, Freiheit und Gleichberechtigung gehören zu unserem Wertefundament. Dies gilt es in Deutschland und Europa zu bewahren. Zum Wohle der Kommunen und der Menschen, die dort leben, wollen wir unseren Einfluss auf allen politischen Ebenen geltend machen. Entscheidungsfreiheit vor Ort und das klare Bekenntnis zur Stärkung der Daseinsvorsorge in der Hand der Kommunen und des Staates sind unsere Grundüberzeugungen für ein starkes, soziales Bayern im internationalen Wettbewerb. Wir FREIE WÄHLER handeln verantwortungsbewusst und berücksichtigen bei jeder politischen Entscheidung den Nutzen und die Bandbreite der Konsequenzen für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger. Vor allem aber stehen wir für eine starke und moderne Bürgerbeteiligung, damit Veränderungsprozesse für Betroffene greifbar und nachvollziehbar werden.





UNSERE VISION FÜR BAYERN: MODERN, LEBENSWERT UND LEISTUNGSFÄHIG

Werte eröffnen Chancen

Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass Werte uns allen Halt, Sicherheit und Orientierung für ein weitgehend sorgenfreies Leben geben. Die Grundwerte unserer politischen Arbeit – Freiheit, Gleichberechtigung, Solidarität und Toleranz – schaffen Zusammenhalt und sind gleichzeitig die Grundlage für Erfolg. Sie eröffnen unserer Gesellschaft auch die Chance, die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen und Krisen leichter und sicherer zu meistern.

Hand in Hand in die Zukunft

Diese Grundhaltung beruht auf dem Fundament des christlichen Weltbildes im Sinne von „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Wir FREIE WÄHLER sind offen für Neues und gehen bei allem achtsam mit unseren Mitmenschen, anderen Lebewesen, der Schöpfung und der Umwelt um. Gemeinsam schaffen wir eine friedliche und gesunde Lebensgrundlage für heute und vor allem für die nächsten Generationen.

Kooperation statt Konfrontation

Zusammenarbeit schafft in allen Lebensbereichen einen Ausgleich zwischen den Interessen. Wir FREIE WÄHLER verstehen Kooperation als die Grundlage für soziale Sicherheit und Solidarität. Denn nur das Verständnis für die Belange Anderer führt zu einem fairen Ausgleich der Interessen und bildet damit die Grundlage für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Kooperationen sind vernünftige und demokratische Grundbausteine, die eine Gemeinschaft nachhaltig stärken. Konfrontationen sind zu vermeiden, denn sie spalten, schwächen die Gesellschaft und sind ein Treibmittel für Kriege, Leid und Armut. Deshalb setzen wir in unserer Politik immer auf Kooperation.



ZUKUNFT HERAUSFORDERUNGEN MIT CHANCEN!

Globalisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) greifen in alle Lebensbereiche ein. Sie verändern unsere Regionen, unsere Heimat und das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben in einer rasanten Geschwindigkeit. Bei dieser Entwicklung hat für uns FREIE WÄHLER der Schutz unserer demokratischen Werte immer oberste Priorität. Unser Wertefundament bildet die Grundlage dafür, dass die durch Globalisierung und Digitalisierung ausgelösten Veränderungen nie zu Lasten der Gemeinschaft gehen. Vielmehr müssen Veränderungen und Neuerungen sozialverträglich erfolgen und immer zum Wohle der Menschen in Oberbayern gesteuert werden.

Globalisierung

Die Euphorie der Globalisierung ist seit 2022 nachhaltig gedämpft. Pandemie und der Krieg in der Ukraine führten dazu, dass Lieferketten unterbrochen wurden und langjährige Handelsbeziehungen aufgrund des politischen Drucks eingestellt werden mussten. Koste es, was es wolle! Angesichts globaler Finanz- und Wirtschaftsräume sowie Arbeitsmärkte ist unsere exportorientierte Wirtschaft auf Lieferanten und Kunden in aller Welt angewiesen. Ohne Wohlstandseinbußen kann dies nur teilweise und sehr behutsam rückgängig gemacht werden. Das erfordert, dass einseitige Abhängigkeiten in Zukunft weitestgehend vermieden werden, auch wenn wir mit den Werten und der Politik mancher Länder nicht ganz übereinstimmen mögen. Das Bestreben, unsere Grundwerte – vor allem Frieden, Freiheit, Toleranz und soziale Marktwirtschaft – nach Europa und in den



Rest der Welt zu „exportieren“, kann nur in Übereinstimmung mit Gleichgesinnten auf europäischer Ebene vorangetrieben werden – pragmatisch, mit Geduld, Einfühlungsvermögen und der Anerkennung von Fakten. Globalisierung funktioniert nur mit starken regionalen Strukturen.

„Die Wirtschaft muss dem Menschen nutzen!“ – das ist das Credo von uns FREIE WÄHLER. Steuer- und Sozialgesetze müssen ausgleichen und so regulieren, dass am Ende niemand auf der Strecke bleibt. Für die Menschen in Oberbayern muss die Politik Halt, Orientierung und Sicherheit geben, damit niemand mit und in der weltweiten Veränderung untergeht. Wir brauchen dazu nicht nur einen globalen Handel, sondern eine kulturerhaltende Integration und ein starkes, offenes Europa mit einer sicheren Außengrenze.

Teil unserer Gesellschaft kann nur sein und werden, wer unsere demokratischen Werte und unser Lebensgefühl teilt, wer Meinungs- und Pressefreiheit, Frieden, Toleranz und gegenseitigen Respekt akzeptiert und auch lebt, wer die Eigenständigkeit und zugleich die Vielfalt der Regionen bewahrt und zudem an der Einheit unserer Gesellschaft festhält. Kulturerhaltende Integration ist das Erfolgsmodell, in dem sich die Menschen wohlfühlen und sich in ihrer Region wiederfinden.





Europapolitik

Die Europäische Union (EU) muss für Einheit und Stabilität der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten stehen. Dafür muss sie für solide Finanzen in den Mitgliedsstaaten sorgen, weil das die Basis für die Handlungsfähigkeit der Union ist. Dafür brauchen wir einheitliche und verbindliche Stabilitätsregeln, die auch eingehalten werden. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab. Wir FREIE WÄHLER stehen für ein vereintes und stabiles Europa mit starken regionalen Strukturen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt beziehungsweise für den Wiederaufbau regionaler und lokaler Selbstbestimmung ein. Unser Ziel ist es, auf Europaebene unsere Ideen für bürgernahe Politik und damit ein bürgernahes Europa einzubringen. Dazu gehört auch die Einführung von Beteiligungsmöglichkeiten der europäischen Bürgerinnen und Bürger wie europaweite Volksentscheide.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI)

Digitalisierung und KI reichen in alle Lebensbereiche hinein und verändern radikal und nachhaltig unser Leben, vor allem aber unsere Arbeitswelt. Wir FREIE WÄHLER befürworten die Digitalisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz, weil sie zahlreiche Chancen für das Gemeinwohl und für die Bürgerinnen und Bürger öffnen. Bei allen positiven Aspekten dürfen wir aber die Risiken nicht außer Acht lassen. Deshalb bedarf es ethisch-verantwortungsvoller, sicherheitstechnischer und datenschutzrechtlicher Rahmensetzungen.

Soziale Marktwirtschaft darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern muss im digitalen Zeitalter den Maßstab für unser Handeln setzen. Es geht uns bei der Digitalisierung in erster Linie darum, dass sie den Menschen dient und sie unterstützt, weshalb Künstliche Intelligenz niemals die Kontrolle über sicherheitssensible Systeme übernehmen darf. Auch muss die Sicherheit vor Datenmissbrauch, Überwachung und Cyberkriminalität jederzeit gewährleistet sein. In puncto Digitalisierung darf niemand auf der Strecke bleiben, weder junge Menschen noch Lebensältere.

Alle notwendigen Infrastrukturmaßnahmen müssen ergriffen werden, welche die flächendeckende und leistungsstarke Versorgung mit Breitband, Glasfaser, 5G Mindeststandard etc. betrifft. Wir brauchen erschwingliche, benutzerfreundliche und niedrighschwellige Lösungen, wozu selbstredend die bestmögliche Ausstattung für Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen gehört, um die Digitalkompetenz zu fördern und Chancengleichheit zu leben.

Digitale Technologien und Künstliche Intelligenz müssen stets so eingesetzt werden, dass sie Verwaltungsprozesse transparenter, einfacher, nachhaltiger und bürgerfreundlicher machen. Stichworte wie Smart City, Smart Village oder Smart Living bieten eine Vielzahl an Chancen, um kommunale Herausforderungen zu meistern, partizipative Prozesse zu stärken, das Leben gesünder und angenehmer zu machen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger insgesamt zu verbessern. So können zum Beispiel mit altersgerechten Assistenzsystemen Menschen im hohen Alter länger in ihrer Wohnung verweilen oder mit KI-gestützten Methoden nachhaltige Quartiere und Nachbarschaften so geplant werden, dass sie das Zusammenleben und die Gemeinschaft fördern.

Digitalisierung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft und zwingend notwendig, um Bayern nachhaltig und international konkurrenzfähig sowie lebenswert gestalten zu können. Deshalb müssen unsere Bildungssysteme die für den Strukturwandel notwendigen Qualifikationen vermitteln. Um die Erforschung und Entwicklung von wichtigen Schlüsseltechnologien voranzutreiben, wollen wir FREIE WÄHLER verstärkt in universitäre wie außeruniversitäre Forschungsinstitute investieren, also in Hochschulen, Forschung, Wissenschaft und auch Entwicklungsabteilungen in Unternehmen unterstützen. Das gilt ebenso für die entsprechende Gründerszene in Bayern.

Regionalität

Wir wollen ein neues „Wir-Gefühl“ entwickeln, welches weder durch die Digitalisierung verschwindet noch in der Globalisierung untergeht. Globalisierung und Digitalisierung müssen in sensiblen Bereichen immer Hand in Hand mit einer Regionalisierung gehen. Wir FREIE WÄHLER werden für eine regionale Wertschöpfung sorgen, so dass Industrie, Mittelstand, freie Berufe und Beschäftigte als Gewinner des globalen Strukturwandels hervorgehen und auch die ländlichen Gebiete von der Digitalisierung der Arbeitswelt und des Lebens profitieren.

Wir stehen für starke Regionen und treten für die Förderung unserer regionalen Wirtschaft ein, damit diese im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Zudem gilt es regionale Strukturen zu stärken, die öffentliche Daseinsvorsorge wie Trinkwasserversorgung zu schützen, Erzeuger, Dienstleister, Lieferketten vor Ort auszubauen und zu unterstützen. Nationale

und regionale Ausschreibungen müssen im Vergleich zu europäischen Maßnahmen und Vorgaben berücksichtigt werden. Dafür braucht es einfache standardisierte regionale Vorgaben, bei der sich auch kleine Betriebe ohne große bürokratische Hindernisse beteiligen können. Langfristig können wir die EU-Vorgaben weder ökologisch, sozial noch wirtschaftlich erfüllen. Korruption muss anders bekämpft werden als über irrsinnige Ausschreibungsverfahren.

Regionale Anbieter müssen auch bei europaweiten Ausschreibungen stärker berücksichtigt werden: kürzere Anfahrtswege bedeutet Nachhaltigkeit, Steuerzahler in der Region und tarifliche Bezahlung der Arbeitnehmer dienen dem örtlichen/regionalen Arbeitsmarkt. Wir können keine angemessenen Löhne für die hier Lebenden fordern und gleichzeitig Billiganbieter aus der Ferne bevorzugen.



HALT – SICHERHEIT – ORIENTIERUNG

Die Einzelnen und die Gemeinschaft: Niemand darf auf der Strecke bleiben

Unsere Gesellschaft wird immer heterogener, weshalb es immer schwieriger wird, einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu finden. Umso wichtiger ist es, unsere Grundwerte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Solidarität und Toleranz zu vermitteln und zu leben. Dazu gehört es aber auch, dass jedes Mitglied der Gesellschaft in die Verantwortung genommen wird und Verantwortung übernimmt. Das ist der Grundstein eines guten Zusammenlebens.

Wohnen, Arbeiten und Leben im Einklang

Wohnraum ist in den städtischen Gebieten Oberbayerns heute so knapp, dass sich die Mietpreise drastisch immer weiter nach oben entwickeln. Bezahlbare Wohnungen sind so gut wie nicht mehr vorhanden. Den staatlichen Institutionen ist es leider nicht gelungen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So hätten z.B.

Standards von Bauweisen festgelegt und die Regelungswut reduziert werden können. Verordnete Mietpreisbegrenzungen sind kontraproduktiv, da sie Neubau oder Modernisierung von Wohnungen hemmen. Es müssen schnelle Lösungen für die grundlegenden Ursachen gefunden werden. Beispielsweise kann eine Regionalförderung, die zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und zur Entzerrung von Verkehrsströmen beiträgt, den massiven Zuzug in die Ballungsgebiete eindämmen. Gefördert werden sollten kommunale und genossenschaftliche Wohnmodelle, auch mit Eigenbeteiligung der Mieter, um nicht nur deren Sicherheit, sondern auch deren Mitverantwortung und Vermögensbildung zu stärken.

Die Politik muss die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit es zu einer gesunden Vereinbarkeit von Wohnen, Arbeiten und Leben für alle Menschen kommt – vor allem für diejenigen Berufsgruppen, die für den Erhalt unserer Gesellschaft einstehen: für Rettungs- und Pflegekräfte, für Erzieherinnen und



Erzieher für Beschäftigte der Müllabfuhr und sonstigen systemhaltenden Berufe. Nur die Vereinbarkeit der drei Faktoren Wohnen, Arbeiten und Leben sichert langfristig den sozialen Frieden und wirkt sich zugleich positiv auf den Umweltschutz aus. Die Pendlerströme mit all ihren Problemen, wie wir sie heute kennen, wären damit vermeidbar und unmittelbar auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen verbunden.

Als Partei des Mittelstands, der Familien und der Landwirtschaft, fordern wir FREIE WÄHLER die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Sie ist leistungs- und eigentumsfeindlich, ebenso ungerecht, weil bereits versteuertes und in Eigentum investiertes Einkommen damit einer Mehrfachbesteuerung unterliegt.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eines der Kernanliegen der FREIEN WÄHLER und der Grundstein für eine gute, erfolgreiche Heimatpolitik. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Teilen Oberbayerns ist die Voraussetzung für die Zufriedenheit der Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei geht es im ländlichen Raum auch um den Zugang zu Beschäftigung, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Wir brauchen eine flächendeckende Grundversorgung, wohnortnahe Arbeitsplätze, eine gute Infrastruktur und eine starke Gemeinschaft. Es dürfen nicht noch mehr Flächen versiegelt werden, bloß um überall Einkaufsmöglichkeiten wie in einem städtischen Umfeld bereitzustellen. Zudem ist es nicht akzeptabel, dass im urbanen Umfeld zwischen einem Drittel und der Hälfte des Haushaltseinkommens für Miete aufgewendet werden muss, während im ländlichen Bereich Wohnraum ungenutzt zerfällt.

In Anbetracht des Klimawandels gehört auch eine kluge, zukunftsorientierte und nachhaltige Städtebauförderung zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Um besser gegen Starkregen und Hochwasser, aber auch gegen Hitze und Dürre gewappnet zu sein, brauchen wir grüne Kommunen, Schwammstädte, die Wasser aufnehmen und speichern, Dach- und Fassadenbegrünungen,



Speichermöglichkeiten für versickerndes Regenwasser, Trinkwasserbrunnen und weitere wirkungsvolle Maßnahmen, zu denen auch eine radikale Wende im Bereich Bauen, Mobilität und Energie gehört, ebenso wie eine öffentliche und ortsnahe Wasserversorgung. Um die immensen Anstrengungen bewältigen zu können, die für die Einhaltung des Staatsziels „Klimaneutrales Bayerns bis 2040“ notwendig sind, brauchen die bayerischen Kommunen finanzielle Unterstützung seitens der Landesregierung.

Kunst, Kultur und Brauchtum

Die kulturelle Vielfalt ist eines unserer Markenzeichen. Wir FREIE WÄHLER pflegen, fördern und stärken Kunst, Kultur und Brauchtum, mit dem Ziel, die Traditionen und auch die geistigen Werte Bayerns für nachfolgende Generationen nachhaltig zu erhalten – auf dem Land wie in den Städten. Dazu zählen der Erhalt und die Pflege von Boden- und Baudenkmälern genauso wie die Förderung von Einrichtungen der Kultur- und Kreativszene – von Musik- und Heimatvereinen über Museen, Galerien und Filmszene bis zu Orchestern, Bühnen, Bibliotheken und Archiven. Solche Angebote geben den Menschen Halt und Orientierung und sind ein weiteres erfolgsversprechendes Mittel zur Integration. Vor allem aber liefern sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Zudem ist mittlerweile die Kultur- und Kreativwirtschaft in Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, den es zu unterstützen gilt. Deshalb ist es uns FREIE WÄHLER ein besonderes Anliegen, den Kommunen, in denen sich das kulturelle Leben abspielt, bei der Förderung von Kunst, Kultur und Brauchtum unter die Arme zu greifen.



Demokratie und Bürgerbeteiligung

Der Mensch ist der Mittelpunkt unserer Politik, das Ziel unserer politischen Arbeit sind praxisorientierte, alltagstaugliche Lösungen mit einem Nutzen für die Gemeinschaft. Uns FREIEN WÄHLERN liegt es am Herzen, Veränderungsprozesse greifbar, verständlich und nachvollziehbar zu machen. Deshalb wollen wir weg von einer „Zuschauerdemokratie“ hin zu direktdemokratischen Entscheidungen. Mit einer unmittelbaren, persönlichen und auch verbindlichen Bürgerbeteiligung vor Ort können wir die Zukunft gemeinsam gestalten. ÖPNV, Nachhaltigkeit, erneuerbare Energien, Wohnraum, Stadtentwicklung usw. – all das sind Themen, die unsere Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen und interessieren.

Ob Bürgerrat, Bürgerbeteiligung oder Bürgerentscheid, ob digital oder analog, entsprechende Plattformen haben eine enorme Zugkraft. Wenn wir die Regeln bürgerfreundlich gestalten, werden und wollen sich die Menschen vor Ort auch engagieren. Direktes Mitwirken und Mitgestalten stärkt die Identifikation mit dem Heimatort und fördert auch die Übernahme von Verantwortung. Dafür gibt es in Oberbayern genügend Beispiele. Zu bedenken ist allerdings, dass es durchaus sinnvoll sein kann, nicht nur eine örtliche, sondern eine überregionale Bürgerbeteiligung durchzuführen. Als Beispiel sei hier das Dieselfahrverbot in München zu nennen, bei dem die Pendler nicht miteinbezogen wurden.

Migration und Integration

Integration ist der Schlüssel zum Erfolg einer sozialen Gesellschaft. Deshalb müssen auf allen politischen Ebenen (Kommunen, Land und Bund) die Vermittlung von Werten sowie der Spracherwerb besonders gefördert werden. Damit Integration gelingt, muss auch eine ausreichende Erfolgskontrolle gewährleistet werden. Die Kommunen besitzen als Motor der Integration eine Schlüsselrolle, jedoch dürfen sie bei dieser Aufgabe weder personell noch finanziell alleine gelassen werden. Integration ist auch ein wichtiger Faktor zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Hierzu zählt unter anderem eine schnelle Anerkennung bestimmter ausländischer Bildungs- und Berufsqualifikationen.

Für ein erfolgreiches Migrations- und Integrationsverfahren brauchen wir schnellstmöglich verlässliche Strukturen, die im Einklang mit der Realität und im Interesse unseres Landes stehen. Dazu gehört es auch, dass wir zwischen Kriegs-, Asyl- und Wirtschaftsmigration unterscheiden. Für uns FREIE WÄHLER besteht kein Zweifel daran, dass wir in diesem Bereich sozial handeln müssen. Der Dreiklang bei Einwanderung muss lauten: Registrierung, Unterbringung und Integration. Allerdings müssen wir dabei die Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen. Dazu gehört es, dass wir bei den Menschen, die zu uns kommen möchten, keine falschen Hoffnungen wecken, sie müssen wissen, was in unserem Land von ihnen erwartet wird. Wer nicht integrierbar ist, muss konsequenterweise das europäische Land verlassen.

In diesem Sinne begrüßen wir eine einheitliche europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, um auch die entstehenden Lasten gerecht verteilen zu können. Dies garantiert sozialen Frieden. Wer Binnengrenzen abbaut, muss die Außengrenzen sichern. Kein Mensch darf sich ohne Registrierung frei in Europa bewegen. Dazu müssen entsprechende Gesetzeslagen geschaffen und die Kontrollen entsprechend ausgeweitet werden.

Sport stärkt unsere Gesellschaft

Fairness, Teamgeist, Kooperation, Zusammenhalt und Kompetenz werden im Sport auf besondere Weise eingeübt und gelernt. Der bereits im olympischen Gedanken verankerte Aspekt der Völkerverbindung durch den Sport spielt in einer immer bunter werdenden Gesellschaft eine immer größere Rolle. Integration im Sport funktioniert besonders gut, weil Sport nicht nur die persönliche Gesundheit, sondern auch den Zusammenhalt und das Wohlbefinden der Bevölkerung fördert.

Deshalb fordern wir eine flächendeckende Sicherstellung von Sporteinrichtungen für die unterschiedlichen Altersgruppen. Dafür brauchen Kommunen die finanzielle Unterstützung durch den Bund. Außerdem stehen wir für eine intensive Förderung von Übungsleitern, Trainerausbildungen zur Jugendarbeit und plädieren für die Reduzierung der Bürokratie zugunsten von Vereinen. Ein allgemein zugängliches Angebot an modernen Anlagen und Ausstattungen sehen wir als einen wichtigen Baustein aktiver Sozialpolitik. Dies gilt auch für Schwimmbäder, deren Nutzung trotz Energiekrise erschwinglich bleiben sollte. Deshalb liegt es uns FREIE WÄHLER auch am Herzen, dass Bewegung und Sport an bayerischen Schulen ausgebaut wird.

Junge Menschen sind unsere Zukunft

Bildungspolitik ist aktive Sozialpolitik und Armutsbekämpfung. Jeder Euro, den wir in die Bildung und Förderung sozialer Kompetenzen bei Kindern und jungen Menschen investieren, spart der Gesellschaft ein Vielfaches an späteren Kosten, etwa bei der Gesundheitsvorsorge oder der Bekämpfung von Kriminalität und Arbeitslosigkeit. Deshalb muss die Politik flächendeckend eine qualitativ hochwertige Betreuung fördern, von der Kindertagesstätte über die verschiedenen Schulformen bis zu flächendeckenden Ganztagsangeboten. Unsere Gesellschaft lebt von unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnissen. Unser Bildungssystem muss so vielfältig und durchlässig sein, dass jeder junge Mensch entsprechend seiner Begabung darin seinen Platz finden und vorhandene Chancen nutzen kann. Je individueller die Förderung unserer Kinder und Jugendlichen ist, desto größer ist der Gewinn für die Gesellschaft. Ein breit aufgestelltes Bildungssystem schafft eine starke Gesellschaft. In diesem Sinne wollen wir alle Anstrengungen unternehmen, um einerseits den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen, und andererseits die Lehramtsausbildung dem modernen Zeitgeist und den aktuellen Herausforderungen anzupassen.





Würdevolle Unterstützung im Alter

Der demographische Wandel und seine Folgen stellt Politik, Gesellschaft und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen und neue Aufgaben. Dass unsere Gesellschaft immer älter wird, muss in jeder kommunalen Planung berücksichtigt werden. Es gilt altersgerechte Wohnformen, auch generationenübergreifend, in verstärktem Maße bei der Entwicklung von Kommunen zu berücksichtigen. Dazu gehören auch qualitativ hochwertige Angebote in der Altenpflege: Pflegeheime, Tages- und Kurzzeitpflege, Pflegestützpunkte oder altersgerechte Wohnungen mit intelligenter Technik (Smart Living). Änderungen der bauseitigen Bedarfsformen, beispielsweise durch barrierefreien Umbau verursachen bereits heute hohe Kosten. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass hier übertriebene Anforderungen auf ein erträgliches Maß reduziert werden müssen. Gleichzeitig brauchen wir in diesem Bereich die Beschleunigung von Verfahren und die Entschlackung kommunaler Vorschriften.

Insbesondere aber muss ein Leben im Alter finanzierbar bleiben! Ein zukunftsfähiges, verlässliches Renten- und Sozialversicherungssystem muss durch die politischen Kräfte geschaffen und funktionsfähig erhalten werden. Derzeit zahlt nicht jeder

in das bestehende Renten- und Sozialversicherungssystem ein. In einem solidarischen, gesellschaftlich akzeptierten Absicherungssystem werden von jedem, gemessen an seiner Leistungsfähigkeit Beiträge erbracht. Dabei sind diese Leistungen nicht auf finanzielle Mittel beschränkt. Ältere Mitglieder unserer Gesellschaft müssen sich darauf verlassen können, dass sie von ihrer Rente leben können, ihnen in einer Notsituation geholfen wird und sie bei Bedarf einen schnellen Zugang zu Gesundheitsleistungen haben. Nur so bewahren wir das soziale Gleichgewicht und unsere sozialen Sicherungssysteme, nur so funktioniert eine solidarische Gemeinschaft über alle Generationen hinweg.

Unser Fokus liegt auf Maßnahmen, mit denen wir dem akuten Fachkräftemangel im Alten- und Pflegebereich entgegenreten können und zugleich die Qualität der Pflege sicherstellen. Im Mittelpunkt der Kontrollen in den Einrichtungen muss die Pflegequalität und nicht länger die Dokumentation der Pflegetätigkeiten stehen. Außerdem gilt es Pflegeberufe attraktiver zu machen, wozu selbstredend eine adäquate Entlohnung gehört.

Gesundheit und Pflege

Wir FREIE WÄHLER machen uns stark für eine wohnortnahe Versorgung auf hohem Niveau mit Haus- und Fachärzten, Krankenhäusern, medizinischen Versorgungszentren, Pflegestützpunkten, Apotheken, Hebammen und Gesundheitsangeboten. Wir setzen uns besonders gegen den Ärztemangel auf dem Land ein und stärken die kommunalen Krankenhäuser. Mobile Arztdienste auf dem Land sind eine sinnvolle Ergänzung, gleiches gilt für den Einsatz von Telemedizin. Rettungs- und Notarztdienste müssen der Entwicklung angepasst und dem erhöhten Gefahrenrisiko gerecht werden. Deshalb dürfen Transportwege und Rettungsfristen vor allem in ländlichen Gebieten keinesfalls aufgeweicht werden. Eine wohnortnahe Geburtshilfe ist für uns unverzichtbar, lange Fahrtwege sind unbedingt zu vermeiden. Dies gilt für Geburtsstationen, Krankenhausversorgung, Kinderstationen und Hebammen gleichermaßen. An der Gesundheit der Bevölkerung darf kein Rotstift angesetzt werden!

Jeder Mensch muss selbst entscheiden dürfen, wo er gerne alt werden möchte: in den eigenen vier Wänden, in einem Pflegeheim, mit Unterstützung eines Pflegedienstes oder in einer Wohngruppe. Wir fordern den zügigen Ausbau verschiedener Pflegeangebote gerade im ländlichen Raum, wo wir vor allem im Bereich der Kurzzeitpflege einen erhöhten Bedarf sehen.

Ein ernstes Anliegen ist uns ebenfalls die Hilfestellung für pflegende Angehörige. Pflegestützpunkte sind ein von Bund, Land, Kranken- und Pflegekassen unterstütztes und gefördertes Modell, um Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen zentrale Beratung und Unterstützung für alle mit der Pflege in Verbindung stehenden Themen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Ziele sind dabei zuallererst den älteren Mitbürgerinnen und

Mitbürgern einen würdevollen Lebensabend zu ermöglichen. Dazu gehört es, dass sie selbstbestimmt und mit entsprechender Unterstützung so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden und in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

Pflegestützpunkte in den Städten, allen voran in München, sind keine Konkurrenz zu bestehenden Verwaltungsstrukturen, sondern bieten allen betroffenen Seniorinnen und Senioren ein zentrales und niederschwelliges Angebot zur Gestaltung ihres Lebensabends. In München könnte man beispielsweise Pflegestützpunkte in örtlicher Nähe zu und in direkter Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Alten-Service-Zentren (ASZ) ansiedeln und so flächendeckend die ganze Stadt versorgen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den Fachkräftemangel im sozialen Bereich hinzuweisen. Es geht nicht nur darum, diese Berufe durch angemessene Rahmenbedingungen und eine angemessene Bezahlung aufzuwerten. Es geht auch um die gesellschaftliche Wertschätzung der Leistungen, die sie für unser Zusammenleben erbringen, was das Selbstwertgefühl von Pflegekräften steigert. Gleiches gilt für Rettungskräfte.



WIRTSCHAFT UND FINANZEN: SOZIAL VERANTWORTLICH AGIEREN

Als FREIE WÄHLER stehen wir für eine nachhaltige Wirtschaft mit dem Ziel, unser erfolgreiches, sozial verantwortliches Wirtschaftssystem umweltverträglich und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Politik und Wirtschaft tragen Verantwortung für unsere Gesellschaft. Das heißt, dass die Politik für die Rahmenbedingungen sorgen muss, damit sich Unternehmen möglichst frei entfalten können. Wobei Unternehmen die Verantwortung dafür tragen, dass die Menschen vom erwirtschafteten Wohlstand profitieren. Diese Ausgewogenheit im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Auch ein starker Verbraucherschutz schafft Vertrauen in dieses System.

In Zeiten einer zunehmenden Vermögens- und Chancenungleichheit und gesellschaftlicher Spaltung unterstützen wir FREIE WÄHLER auch innovatives soziales Unternehmertum, also Unternehmen, die sich mit der Lösung sozialer, gesellschaftlicher, ökologischer Probleme befassen und einen sozialen Mehrwert bieten. Darin liegt nicht nur ein großes Potenzial, soziales Unternehmertum bietet neue Chancen für die bayerische Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Infrastruktur: modern, sicher und leistungsfähig

Zu den grundlegenden Rahmenbedingungen, die von der Politik zu zur Verfügung gestellt werden müssen, gehört die Gestaltung einer modernen, leistungsfähigen und sicheren Infrastruktur. Dabei sind unterschiedliche Anforderungen der Ballungsräume, der Tourismus-Regionen und des ländlichen Raums zu berücksichtigen. Sie müssen sich gleichermaßen entwickeln können, da eine positive Entwicklung der Region auch die Zentren entlastet. Wir müssen dabei zurückhaltend mit dem Verbrauch von Flächen für die Verkehrs- und Siedlungspolitik umgehen, um den nachfolgenden Generationen eine gesunde Natur und eine gute Lebensqualität weiterzugeben und ihnen selbst noch Entwicklungsspielräume zu überlassen.

Die Boom-Region München stößt in vielerlei Hinsicht an Grenzen. Deshalb wollen wir auf eine Entlastung durch eine intensivere Abstimmung zwischen Kreisen und Gemeinden im Rahmen der Regionalplanung hinwirken. Hier ist eine Verdichtung der weiteren Zersiedelung vorzuziehen. Im Sinne des Erhalts gewachsener Strukturen sollte es aber den Kommunen überlassen bleiben wie ein Bebauungsplan aussieht. Bauland sollte nur noch dem tatsächlichen Bedarf entsprechen und nicht im Sinne der Einnahmemaximierung der Kommunen ausgewiesen werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für die Bereitstellung einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur in allen Lebensbereichen als Grundvoraussetzung und Impulsgeber einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Menschen und die Wirtschaft unerlässlich, vor allem auf der Schiene, aber auch auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Wir befürworten ergänzende Transportinfrastrukturen, wie leistungsgebundenen Warentransport. Der damit verbundene CO₂-Ausstoß sollte bei internationalen Vergleichen nicht alleine Deutschland zugerechnet werden. Er dient auch den europäischen Nachbarn, die über Deutschland Waren in andere Länder fahren, und den Exportländern.





Mobilität und Verkehr

Unser Credo „Mobilität und Verkehr neu denken“ orientiert sich an dem, was die Menschen vor Ort brauchen. Jede Region benötigt ein maßgeschneidertes Konzept. Wir FREIE WÄHLER wollen starke, attraktive ländliche Räume und leistungsfähige Zentren. Wir denken in Verkehrsverbünden aus Bus und Bahn kombiniert mit Sharing-Systemen und dem Individualverkehr aus Auto und Fahrrad. Wir wollen den barrierefreien ÖPNV und den modernen Radverkehr noch stärker fördern und ausbauen. Weitere Privatisierungen im Verkehrsbereich lehnen wir strikt ab.

Es ist unumgänglich, dass wir eine Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten von Fußgängern, Radfahrenden und öffentlichen Verkehrsmitteln brauchen. Weniger Autoverkehr und ein attraktives Radwegnetz, das die Hauptorte aller bayerischen Städte und Gemeinden über das bestehende Straßen- und Wegenetz möglichst durchgängig und direkt miteinander verbindet. Der Ausbau und die Modernisierung des bayerischen ÖPNV ist ein Muss. Dazu gehört in München auch der Süd- und Nordring sowie der Ausbau der S-Bahn-Außenäste. Auch sollen weitestgehend alle Ortschaften im ländlichen Raum mit attraktiven öffentlichen Angeboten in einer angemessenen Zeit erreichbar sein.

Für den Schienenverkehr wollen wir Anreize schaffen, um den Personen- und Güterverkehr auf klimafreundliche Verkehrswege zu verlegen. Dies erfordert sowohl den weiteren Ausbau (z.B. Zweigleisig, Elektrifizierung) als auch den Neubau von Bahnstrecken (z.B. Brenner-Zulauf, Flughafen München, Chemiedreieck). Hier muss das Interesse der Allgemeinheit gegenüber Partikularinteressen stärker in den Vordergrund rücken. Neben einer Erweiterung der S-Bahn ist auch eine verbesserte Erschließung der Urlaubs- und Alpenregionen anzustreben. Ein



Ausbau des Schienenverkehrs kann nur erfolgreich sein, wenn er mit einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV einhergeht.

Der Schwerlast-Durchgangsverkehr auf der Straße ist durch geeignete Maßnahmen auf die Schiene zu verlagern. Wir FREIE WÄHLER unterstützen die von Tirol vorgeschlagene Korridormaut von München bis Verona. Ferner müssen wir die Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf Bundes- und Landstraßen mit geeigneten Maßnahmen unterbinden, wie zum Beispiel durch die Anpassung der Maut-Regelungen. Zur Vermeidung einseitiger Belastungen sollte der Verkehr möglichst entzerrt werden. Zwischen dem Ausbau bestehender Strecken, Umgehungen und Neubau ist sorgfältig abzuwägen. Der Ballungsraum München ist durch weitere geeignete weiträumige Alternativen zu entlasten.



Digitalisierung in den Kommunen

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung gewinnen auch digitale Verwaltungsleistungen immer mehr an Bedeutung. Ein Beispiel dafür ist der digitale Bauantrag, der es Bürgern und Unternehmen erleichtert, Genehmigungen und Anträge online einzureichen und zu verwalten. Dabei steht für uns die Vernetzung von Bürokratie mit digitalen Technologien im Vordergrund, um Prozesse effizienter und transparenter gestalten zu können.

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur sehen wir FREIE WÄHLER als einen wichtigen Faktor für die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten. Sie schafft Chancengleichheit zwischen Stadt und Land und ermöglicht es Beschäftigten, von zu Hause aus zu arbeiten. Im Rahmen von Smart City-Konzepten werden auch digitale Verkehrslenkungen entwickelt und der Verkehr effizienter und umweltschonender gestaltet.

Ein weiterer Aspekt der Digitalisierung ist die Nachhaltigkeit. So können zum Beispiel im Winterdienst oder bei Baumkontrollen digitale Lösungen eingesetzt und Ressourcen effizienter genutzt werden. Insbesondere auf dem Land kann auch die Telemedizin zu einer guten Versorgung beitragen. Auch die

Land- und Forstwirtschaft profitiert: etwa durch Smart Farming oder automatischer Düngungsabschaltung bei Gewässerstreifen, digitaler Käferfrühwarnerkennungssysteme, mit denen Waldschäden frühzeitig erkannt und entsprechend bekämpft werden können. Um diese Technologien zu fördern, steht für uns der Aufbau eines flächendeckenden schnellen Internets, insbesondere in ländlichen Regionen, sowie die Minimierung von Funklöchern im Vordergrund.

Chancengleichheit für mittelständische Unternehmen

In Oberbayern sind mehrere DAX-Unternehmen und eine große Anzahl von Konzernen angesiedelt. Ihnen müssen angemessene Bedingungen geboten werden, um ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen zu sichern. Das Rückgrat unseres Wirtschaftssystems aber sind die zum Teil international erfolgreichen mittelständischen Betriebe und die vielen kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Wir wertschätzen unsere familiengeführten Unternehmen als Leistungsträger. Mittelständler stehen mit ihrem Namen und ihrem Privatvermögen für ihre Unternehmen

ein. Die Vielfalt der Betriebe und die Leistungsfähigkeit unserer Fachkräfte sowie Angestellten bilden den Wohlstand unserer Gesellschaft. Mittelständische Unternehmen haben andere Anforderungen an die Wirtschaftspolitik als global agierende Konzerne. Sie sind häufig inhaber- oder familiengeführt und deshalb Garant für gesellschaftliche Verankerung und langfristige Verantwortung. Im Wettbewerb mit Großkonzernen benötigen sie spezielle Unterstützung, da sie einem immensen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind. Zugang zu Wissen, Fachkräften und Kapital sind Grundbedingungen für ihren Erfolg. Diesen Zugang wollen wir als FREIE WÄHLER gewährleisten.

Ökonomie und Ökologie dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unterschiedliche Steuergesetze und unsere hohen Standards in den Bereichen Umwelt, Sicherheit, Qualität und Soziales erschweren es den bei uns ansässigen Unternehmen, sich gegen die internationale Konkurrenz zu behaupten. Soweit wir von diesen Standards keine Abstriche machen wollen, müssen wir durch entsprechende Einfuhrregelungen oder andere geeignete Maßnahmen für Chancengleichheit sorgen, um unsere erfolgreiche Stellung auf dem Weltmarkt auf Dauer zu behaupten. Zumindest aber müssen diese Standards entschlackt und die Verfahren beschleunigt werden.

Eine weitere Lockerung des Anbinde-Gebotes für Gewerbeflächen lehnen wir ab, damit nicht noch mehr Gewerbegebiete im Grünen entstehen, in denen sich Einkaufs- und Logistikzentren statt Handwerk und produzierendes Gewerbe ansiedeln und die Entwicklung der Ortskerne brach liegt. Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten halten wir auch im Interesse der Beschäftigten nicht für erforderlich, allerdings sollten sie flexibler gestaltet werden.

Energieversorgung: sicher, bezahlbar, umweltfreundlich und zuverlässig

Eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung ist die Voraussetzung für eine konkurrenzfähige Wirtschaft. Bei der Energiewende müssen der wirtschaftliche Aspekt und die Versorgungssicherheit stärker in den Vordergrund gerückt werden, um auch im europäischen Vergleich konkurrenzfähig zu sein.

Der übereilte Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft hat sich durch den Ausfall des wichtigsten und preisgünstigsten Gaslieferanten als existenzgefährdende Belastung für unsere Wirtschaft und viele Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die Explosion unserer Stromkosten ist rückgängig zu machen, indem der Strompreis nicht mehr durch das teuerste eingeschaltete Kraftwerk bestimmt wird, die Förderung unwirtschaftlicher Energieanlagen und Strukturen eingestellt und die Abschaltung wirtschaftlicher Kraftwerke aus ideologischen Gründen hinausgeschoben wird bis ausreichende alternative Kapazitäten bereitstehen. Die Wiederherstellung einer kostengünstigen Gasversorgung ist durch Druck auf die Verantwortlichen anzustreben. Einseitige Abhängigkeiten in der Rohstoff- und Energieversorgung sind durch eine breite Diversifizierung zu vermeiden, vorhandene eigene Kapazitäten in der Gasversorgung – auch durch Fracking – sind zu prüfen. Der Einfluss von Lobbygruppen ist zurückzudrängen.





Forcierung regionaler Wertschöpfung

Der Kauf regionaler Waren und Dienstleistungen sichert Arbeitsplätze vor Ort, verbessert die Steuerkraft der Kommunen, reduziert den Verkehr und schont so Umwelt und Klima. Unser Ziel als FREIE WÄHLER ist es, möglichst viel Wertschöpfung und Kaufkraft in den Regionen zu binden. Unser Credo: regional, transparent, ökologisch und widerstandsfähig. Dafür brauchen wir in möglichst vielen Bereichen sowohl Forschung, Entwicklung als auch Produktion vor Ort. Das garantiert eine größtmögliche Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit, weil internationale Material- und Lieferengpässe vermieden werden. Kommunen sollten bei der Vergabe von Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen und örtliche bzw. regionale Unternehmen bevorzugen. Dazu wollen wir weiterhin auf eine Reform entgegenstehender EU-Vergabe-Richtlinien hinwirken. Regionalität ist übrigens auch der beste Verbraucherschutz!

Die Vielfalt der Landwirtschaft, bestehende Kulturlandschaften sowie familiäre und regionale Strukturen müssen erhalten bleiben, gestärkt und ausgebaut werden. Regionale Spezialitäten, besondere Bewirtschaftungsweisen und lokale Verarbeitung sind ein Stück gelebtes Kulturgut. Kleinbäuerliche Strukturen, artgerechte Tierhaltung, Nahrungsmittelqualität sowie eine ökologische Bewirtschaftung tragen zur regionalen Vielfalt bei. Tourismus und Gastronomie haben für Oberbayern eine besondere Bedeutung, denn die Branche ist weitgehend mittelständisch geprägt. Wir wollen deshalb mit Investitionen den Tourismus fördern und die gastronomischen Betriebe durch steuerliche Anreize und/oder regionaler Wirtschaftsförderung unterstützen.

Dem Fachkräftemangel ist durch eine Verbesserung der ländlichen Infrastrukturen inklusive einer zeitgemäßen und flächendeckenden Digitalisierung entgegenzuwirken. Wir brauchen Bildungs- und Kulturangebote sowie verbesserte Anstellungsmöglichkeiten, zum Beispiel im Rahmen von geeigneten Fördermodellen. Diese sind derzeit aufgrund von EU-Richtlinien kaum mehr sinnvoll möglich. Hier wollen wir auf Änderungen hinwirken. Soweit Arbeitsplätze in der Region vorhanden sind, sind Ballungsraumzulagen und Pendlerpauschalen kontraproduktiv. Eine zeitgemäße und flächendeckende Digitalisierung ist die Basis von Infrastrukturverbesserungen. Hier sind die privaten Netzanbieter mit in die Pflicht zu nehmen, eine in ganz Oberbayern vergleichbare Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Kommunale Selbstverwaltung: solide und nachhaltig

Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Schuldenberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Die öffentliche Hand, vom Bund über den Freistaat bis zu den Kommunen, muss vorsorgen, damit sie auch in Krisenzeiten ihre Aufgaben erfüllen kann. Jede Ebene muss einen aufgabengerechten Anteil an den verfügbaren Mitteln erhalten.

Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Hierfür sind handlungsstarke Kommunen mit einer ausreichenden Finanzmittelausstattung und Planungssicherheit notwendig. Sie brauchen mehr Freiräume von Brüssel, Berlin und München, um eine verantwortliche Politik für die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Heimat machen zu können. Bildung und Gesundheitsversorgung sollen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben und nicht dem freien Wettbewerb und dem Profitstreben ausgesetzt werden. Um dauerhaft eine sichere Versorgung bei gleichbleibend hoher Qualität zu gewährleisten, muss die Wasserversorgung auch zukünftig in kommunaler Hand bleiben.

Durch bedingungslose Einhaltung des Konnexitätsprinzips haben Bund und Länder sicherzustellen, dass sie den Kommunen die Folgekosten für Aufgaben, die sie ihnen zusätzlich aufbürden, auch vollständig erstatten. Die Kosten der Kommunen für Bau und Unterhalt von Kindertagesstätten und Ganztagschulen haben sich beispielsweise aufgrund des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung oder Inklusion in den letzten Jahren dramatisch erhöht, ebenso die Kosten für Flüchtlingsunterbringung. Diese Kostensteigerung ist nach dem Konnexitätsprinzip durch eine Erhöhung der finanziellen Zuweisungen in vollem Umfang auszugleichen.

Kommunen müssen zu nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet werden, damit sie langfristig handlungsfähig bleiben. Gleichzeitig müssen sie aber auch in die Lage versetzt werden, den Erhalt ihrer Infrastruktur (Straßen, Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, etc.) aus den laufenden Einnahmen bzw. daraus gebildeten Rückstellungen zu decken.

Wir FREIE WÄHLER fordern ein steuerliches Finanzierungskonzept, das klärt, wie Städte und Gemeinden mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden und somit eine strukturelle Neuausrichtung im Bereich der Beteiligungssätze ermöglicht. Die Kommunen dürfen aufgrund einer unzureichenden finanziellen Ausstattung nicht gezwungen sein, für ihre Pflichtaufgaben zu Lasten ihrer Bürgerschaft und der Umwelt anderweitig Einnahmen zu generieren. Der unkoordinierte Kampf einzelner Kommunen um Gewerbesteuerzahler sollte durch eine zielgerichtet, gemeinsame Planung mit fairen Finanzierungsmodellen ersetzt werden.



UMWELT: GEMEINSAM SCHÜTZEN!

Klima- und Umweltschutz: Auftrag und Verpflichtung

Als FREIE WÄHLER sehen wir Klima- und Umweltschutz ganzheitlich und als unsere Handlungsmaxime. Klima- und Umweltschutz dient dem Erhalt der Schöpfung und einer gesunden Lebensgrundlage für die nächsten Generationen. Ganzheitlich betrachtet umfasst er auch Gesundheit, Verbraucherschutz und Landwirtschaft.

Nachdem wir durch unser Handeln in der Vergangenheit in allen Bereichen Defizite haben, ist eine rasche Verbesserung nur durch eine Verhaltensänderung möglich. Klima- und Umweltschutz betrifft uns alle und nur gemeinsam können wir es schaffen, schnellstmöglich ein neues Bewusstsein zu schaffen. Jedem Menschen sollte der ökologische Fußabdruck, den er hinterlässt, bewusst sein. Unser Anliegen ist es deshalb auch, dass dieses Thema als „Ökologische Soziallehre“ in den Lehrplan aller bayerischen Bildungseinrichtungen verankert wird.

Energiewende: Regenerativer Energie-Mix

Die Politik steht in der Verantwortung, energiepolitisch die Weichen zu stellen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Durch den Ausstieg aus Atomenergie, Kohle, Gas und Öl ist die Grundlast und Grundversorgung nur noch durch zeitweise Importe gewährleistet, die aber auch wieder aus Kohle oder Kernenergie stammen, nur wesentlich teurer sind. Eine bezahlbare, umweltfreundliche und zuverlässige Energieversorgung ist die Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Oberbayern. Die geographische Lage und die landschaftlichen Voraussetzungen bieten hervorragende Möglichkeiten für die Nutzung verschiedenster regenerativer Energien.

Gleichzeitig stellt die Energiewende eine extreme Herausforderung dar – für die Wirtschaft, für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für die Kommunalpolitik. Wer in Oberbayern unternehmerisch tätig ist und auch weiterhin investieren will, muss sich auf eine langfristige und sichere Energieversorgung verlassen können. Unsicherheiten in diesen Fragen wirken sich nachteilig auf die Investitionsbereitschaft der Industrie aus, in erster Linie jedoch auf den Mittelstand. Die Förderung regionaler Unternehmen und kleiner Umwelthanlagen mit Hilfe von Bürgerbeteiligungen schafft Versorgungssicherheit in der Fläche. Wir wollen auf Abhängigkeiten von anderen Ländern und globalen Konzernen verzichten und die Ökostromregion gleichzeitig als Wirtschaftsmotor, Arbeitgeber und Richtungsweiser der Zukunft nutzen.

Wir FREIE WÄHLER sehen es als unseren Auftrag, gemeinsam mit allen Beteiligten die Energiewende, die auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und dem Ausbau erneuerbarer Energien basiert, zu forcieren. Seit jeher befürworten wir eine regionale Kreislaufwirtschaft, eine dezentrale Erzeugung und Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen – von Solarthermie und Fotovoltaik über Wasserkraft und Geothermie bis hin zu Bio- und Windenergie. Dekarbonisierung ist wichtiger als der schnelle Verzicht auf Atomkraft, weshalb wir die Weiterentwicklung der Kernfusion voranbringen und zusammen mit grünem Wasserstoff die Grundlast sichern sollten. Wasserstoff ist grüne Energie, speicherbar und verteilbar, und unterstützt Heizen, Mobilität und Stromerzeugung. Damit stärken wir den Klimaschutz, verringern unsere Abhängigkeit von globalen Rohstoffmärkten und erhöhen die regionale Wertschöpfung. Wir befürworten Investitionen in die Kraft-Wärme-Kopplung, die Digitalisierung der Stromversorgung, die Wasserstoffwirtschaft sowie in eine „Bayerische Landesagentur für Energie- und Klimaschutz“.

Neben der Förderung einer interkommunalen Vernetzung fordern wir eine realitätsbezogene Umsetzung der Energiewende, die neben einem regenerativen Energiemix auch die Schaffung leistungsfähiger und wirtschaftlicher Speichermöglichkeiten bedingt. Dazu kann auch die Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie beitragen. Investitionen in deren Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Ausbau der Kapazitäten sind notwendig. Bis ausreichende und wirtschaftliche Kapazitäten zur Verfügung stehen muss durch den Weiterbetrieb noch vorhandener Kernkraft- und Kohlekraftwerke eine Sicherstellung von Grundlast und Verbraucherspitzen gewährleistet werden.



Bei der Entwicklung dezentraler Stromerzeugung oder Heizenergie mit erneuerbaren Energien hat der Aspekt der Nachhaltigkeit und damit mittelfristig auch Wirtschaftlichkeit durch preiswertere Energie, Vorrang vor der weiteren Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle. Ein überstürztes Verbot konventioneller Heizungen lehnen wir sowohl aus ökonomischen als auch sozialen Gründen ab. Beim Ausbau der Windenergie ist insbesondere die Effizienz der Anlagen zu berücksichtigen. Wo immer es möglich ist, sollte dabei die für den Tourismus wichtige Erhaltung des Landschaftsbildes Berücksichtigung finden.

Eine allgemein verbindliche Lösung gibt es nicht. Konzernlösungen sind deshalb schlechter als individuelle, kommunale Lösungen. Die Verantwortlichen vor Ort legen Wert auf eine gesunde Umwelt, günstige Preise und eine ausgewogene Zukunftsplanung. Sie wollen den Lebensraum für die nächsten Generationen erhalten. Die Pläne für die dritte Startbahn sind im Hinblick auf die Energiewende einzustellen.

Ökologie und Ökonomie: miteinander, nicht gegeneinander

Ökologie und Ökonomie sind als Einheit zu betrachten und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Erhalt unserer Umwelt und eine hohe Biodiversität sind die Grundlage des Lebens. Das betrifft den Alpenschutz ebenso wie Gewässerschutz und Landschaftsschutz. Die Landwirtschaft ist nicht als Gegner, sondern als Partner unserer Natur zu sehen. Die Stärkung des Vertragsnaturschutzes muss gezielt ausgebaut werden. Doch kann der Grundsatz „Freiwilligkeit vor Diktat“ nur so lange gelten, wie auch ökologische Ziele erreicht und erhalten werden.

Landwirtschaft: Bio, regional und fair

Oberbayern und speziell der oberbayerische Alpenraum ist geprägt von den bäuerlichen Familienbetrieben in der Landwirtschaft. Die klein strukturierte Landwirtschaft hat durch ihr nachhaltiges Wirtschaften über die Jahrhunderte hinweg eine einzigartige Kulturlandschaft geschaffen, auf die Bayern zu Recht stolz sein kann. Landwirte leisten durch die Bewirtschaftung auch schwieriger Flächen einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege. Unsere Kulturlandschaft ist geprägt von der Erzeugung gesunder und qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Sie ist vor allem aber geprägt von den bäuerlichen Familien, die eine tragende Säule unserer oberbayerischen Kultur und unseres Brauchtums sind. Wir FREIE WÄHLER wollen diese Strukturen erhalten.

Es ist notwendig, dass die Land- und Forstwirtschaft in schwierigen Zeiten gefördert und unterstützt wird, zum Beispiel durch Stärkung der Direktvermarktung, Jungbauernförderung und den Ausbau der ökologischen Bearbeitung. Die Verbraucher legen einen besonderen Wert auf regionale und saisonale Lebensmittel, da diese eine unverfälschte und ehrliche Alternative zur Discounter-Ware darstellen. Deshalb müssen unsere regionalen Lebensmittel ihre Herkunft klar ausweisen und garantieren.





Verantwortung vor Ort übernehmen

Wir sehen Klima- und Umweltschutz, Energieerzeugung und Landwirtschaft als Kooperationspartner und nicht als Gegner. Sie gehören ebenso wie der Gesundheits- und Pflegebereich zum Kernbereich öffentlicher Verantwortungsträger. Verursacher von Verschmutzung lebensnotwendiger Ressourcen sind finanziell in die Verantwortung zu nehmen. Die Straf- und Steuergesetze sowie Umweltverordnungen müssen dementsprechend ausgestaltet werden.

Die Bayerische Verfassung nennt in Artikel 164 ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen durch eine entsprechende Preis- und Lohngestaltung als Ziel. Diese Zielsetzung ist im Sinne unserer bäuerlichen Familienbetriebe mit Leben zu erfüllen damit die Familienbetriebe weiterhin Bestand haben können. Das Weiterbestehen der Produktionsmöglichkeiten und Strukturen innerhalb unserer Dörfer muss für die Landwirtschaft gesichert sein.

Darüber hinaus haben die Landwirte auch für die Erzeugung erneuerbarer Energien im Sinne einer dezentralen, kommunalen und bürgernahen Energieerzeugung große Verantwortung. Diese Verantwortung ist durch die Schaffung einer entsprechenden Gesetzeslage zu unterstützen. Der Ausbau der Photovoltaik sollte vorrangig auf Dächern und landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen stattfinden, ausser es handelt sich um sogenannte Agrophotovoltaikanlagen welche eine Doppelnutzung mit Landwirtschaft und Energienutzung zulassen.



HEIMAT: GEMEINSAM LEBEN UND GESTALTEN

Unser Land: traditionsbewusst und weltoffen

Unser Bayern ist seit jeher ein vielfältiges Land und zunehmend Heimat für Menschen verschiedenster Kulturen. Die Globalisierung macht unser Land bunter. Der liberale Ansatz und die liberale Grundhaltung von „leben und leben lassen“ wird oft als bayerischer Nationalcharakter mit ausgeprägt positiven Zügen gesehen. Die FREIEN WÄHLER stehen für eine Integration, in der wir Zuwanderern unsere Lebensart und Tradition vermitteln. Bei aller Weltoffenheit wollen wir auch in Zukunft Traditionen erhalten und Brauchtum und regionale Dialekte pflegen. Deshalb darf Zuwanderung den Grundcharakter und die organische Aufnahmefähigkeit nicht überschreiten.

Stadt und Land: Hand in Hand

Die Landeshauptstadt München darf nicht isoliert betrachtet werden. München ist kein Fremdkörper in Oberbayern, sondern seine Mitte. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen, dass die Großstadt München und der ländliche Raum als der Bezirk Oberbayern zusammengehören. Die Förderung strukturschwacher Gebiete schließt eine gleichzeitige Förderung Münchens nicht aus. Es würde den ländlichen Regionen nicht helfen, München bei der Förderung zu vernachlässigen. Weltweit gibt es eine zunehmende Metropolisierung, so dass bis ins Jahr 2050 ungefähr 80 Prozent der Weltbevölkerung in Metropolen leben werden.

Diese Entwicklung wird auch an Oberbayern nicht völlig vorbei gehen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird es einen massiven Zuzug von Menschen in die Landeshauptstadt geben. Diese Wachstumsproblematik kann nur durch das Zusammenstehen von Gesamtoberbayern aufgefangen werden, so wie es zum Teil schon geschieht, wenn man die Entwicklung von Rosenheim und Ingolstadt betrachtet. Hierzu ist es aber notwendig, dass die Städte und Gemeinden in Oberbayern bestmöglich mit der Landeshauptstadt München durch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur, vor allem durch ein vielfältiges Angebot an alternativen Mobilitätsformen vernetzt werden. Hierzu gehören auch der Ausbau von Digitalisierung und schnellem Internet und die Förderung von Betriebsansiedlungen in der Fläche. So können wir dem Metropolisierungsdruck entgegensteuern und gleichzeitig kleinere Städte und Gemeinden damit stärken.



Region Oberbayern: vielfältig und solidarisch

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Einbindung der Menschen in politische Entscheidungsprozesse. Über moderne Formen der Bürgerbeteiligung machen wir die Politik greifbar und zum Thema aller Bürgerinnen und Bürger. Es ist uns wichtig, mehr Verständnis für die Interessen der Anderen zu wecken und dabei die Region als Ganzes zu stärken. Der Erfolg Oberbayerns hängt in hohem Maße vom Zusammenhalt der Bevölkerung ab. Eine weltoffene, leistungsbereite und tolerante Grundhaltung bei allen Entscheidungen sorgt dafür, dass möglichst niemand auf der Strecke bleibt. Unser Anliegen ist es auch, Verwaltungsprozesse zu entschlacken, Planungsprozesse zu beschleunigen und Gerichtsinstanzen zu verkürzen.

Die Stärkung des ländlichen Raums ist uns ein besonderes Anliegen. So muss der Verfall der bäuerlichen Landwirtschaft und der Ausverkauf der ländlichen Räume umgehend gestoppt werden. Vitale Dörfer schaffen Identität und fördern den Zusammenhalt der Menschen. Dies ist die Basis, die Integration erst möglich macht. Die hausärztliche und die wohnortnahe Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs sind für uns zur Stärkung des ländlichen Raums ebenso unabdingbar wie der Erhalt von Dorfwirtschaften, die Ansiedlung von Handwerk und die ökologische Mobilitätswende.



Alpenregion: Lebensraum mit Zukunft

Die oberbayerische Alpenregion gehört zu den schönsten und grandiosesten Kulturlandschaften Europas. Andererseits gehört sie aber auch zu den strukturschwächsten Regionen. Die oberbayerischen Alpen sind in ihrer Schönheit einzigartig und bieten den Lebensraum für eine vielfältige und seltene Flora und Fauna. Dieser Lebensraum ist zu schützen und zu erhalten. Allerdings werden die oberbayerischen Alpen oftmals nur noch als romantische Kulisse gesehen. Bei Erholungssuchenden, Leistungssportlern und Naturliebhabern stehen sie hoch im Kurs. Die oberbayerischen Alpen sind allerdings wesentlich mehr: sie sind Lebensraum für Menschen und Tiere und ein Wirtschaftsraum.

Die oberbayerischen Alpen dürfen nicht nur als ein touristisches Highlight gesehen werden, sondern auch als strukturschwacher Raum, der zu fördern ist, damit die Menschen, die dort leben und arbeiten, ihr Auskommen erwirtschaften können und ihr Lebensglück finden. Wenn die Menschen in der Alpenregion glücklich leben können, werden sie ihre Tradition erhalten, die Region stärken und somit ein Juwel in Europa bleiben. Hierfür müssen die Infrastrukturen erhalten bzw. naturverträglich ausgebaut werden. Dies gilt im Bereich von Straßen, Schienen, Internet sowie im Bildungsbereich durch wohnortnahe Schulen und einer guten Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen. Darüber hinaus müssen hier Arbeitsplätze erhalten und, so gut es geht, ausgebaut werden. Dies betrifft nicht nur Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft oder im Tourismus, sondern auch Arbeitsplätze im Gesundheitswesen, Handwerk und in umweltverträglichen naturnahen Betrieben.

Naturschutz und Tierschutz

Die Belange des Tierschutzes müssen einerseits mit Augenmaß und andererseits in jede Richtung gedacht werden, also nicht nur bei der gewerblichen sondern auch bei der privaten Tierhaltung. Keinesfalls darf die kleinstrukturierte Landwirtschaft zum Aufhören gezwungen werden. Beispiel Anbindehaltung: Sie sollte nach wie vor über die Wintermonate, natürlich unter der Einhaltung von Qualitätsstandards, gerade im Grünlandbereich möglich sein, allerdings als Regelausnahme.

Die Rückkehr der großen Beutegreifer sehen wir FREIE WÄHLER kritisch und fordern, dass sich die entsprechenden Gremien in Europa schnellstens sachgerecht mit dem Thema auseinandersetzen und Lösungen erarbeiten. Die Diskussion um Wolf und Bär darf weder romantisch noch radikal geführt werden. Es gibt in Osteuropa und anderen Regionen sicherlich große zusammenhängende und unbewohnte Waldgebiete, die als Lebensraum deutlich geeigneter sind als das meist dichtbesiedelte Deutschland. Wir wollen kleinteilige Landwirtschaft zum Erhalt der Kulturlandschaft und das Bild weidender Tiere auf den Wiesen. Das mag im Voralpenland durch große Zaun- und Stallanlagen anders gelöst werden. Anders schaut es aber bei der Almwirtschaft aus. Solche Zaunanlagen kosten nicht nur viel Geld, sie schränken den freien Zugang für die breite Bevölkerung deutlich ein. Wenn also große Investitionen nicht den gewünschten Schutz bringen, werden sich langfristig unsere Bauern vom Almbetrieb zurückziehen, mit dem Ergebnis der Verbuschung der Alpen. Zu beachten sind die Auswirkungen auf Almwirtschaft, Kulturlandschaft, Tourismus, naturnahe Landwirtschaft und nicht zuletzt die Sicherheit der Menschen.



Ehrenamt:

Garant für eine solidarische Gesellschaft

Als FREIE WÄHLER stärken wir das Ehrenamt, denn das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger ist eine der elementaren Stützen unserer Gesellschaft. Wir sind eine Partei mit vielen ehrenamtlich Tätigen, ganz nach unserem Grundsatz „Gemeinsam geht's besser“. Das bürgerschaftliche Engagement ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens: sei es im Katastrophenschutz, im Dorfleben oder in Vereinen. Ein sozialer Staat muss das Ehrenamt deshalb stärken, nicht gängeln. Es ist im Interesse aller, dass das ehrenamtliche Engagement durch großzügige gesetzliche Regelungen unterstützt wird, beispielsweise durch ein verbilligtes oder kostenloses Deutschlandticket für Ehrenamtliche. Jeder Euro, der ins Ehrenamt investiert wird, kommt als ein Vielfaches zurück.

Da in Zukunft bürgerliches Engagement immer wichtiger werden wird, sollte der Schwung und der Elan von Ehrenamtlichen nicht durch überzogene Steuerkontrollen oder andere Einschränkungen und bürokratische Hindernisse gestoppt oder ausgebremst werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten schweißen unsere Gesellschaft zusammen und schaffen Solidarität und ein Gefühl der Heimatverbundenheit. Heimat ist da, wo man gemeinsam lebt, sich gegenseitig unterstützt und gemeinsam feiert. Heimat ist, was wir daraus machen.





Familie: Vorbild für unsere Kinder

Die Familie als kleinste Einheit des Zusammenlebens bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Das Zusammenleben soll gefördert und gleichzeitig als Vorbild für unsere Kinder weitergetragen werden. Nicht nur für Ehen und Familien nach dem christlichen Ansatz soll dieser Schutz gelten, sondern für alle Gemeinschaften, die im Familienverbund Verantwortung füreinander tragen. Dabei ist die Vielfalt der verschiedenen Modelle in der Lebenswirklichkeit im Gesetz zu berücksichtigen.

In unseren Augen ist Familienförderung Zukunftssicherung durch den Staat, sei es durch Betreuungsgeld, kostenlose Kinderbetreuung, garantierte Plätze in Kindergärten und Kindertagesstätten oder die Unterstützung für den Bau von eigengenutztem Wohnraum – wie beispielsweise durch Freibeträge und Eigenheimzulage. Aber auch der Ausbau des Glasfaser- und Breitbandnetzes zur Ermöglichung von Homeoffice-Arbeitsplätzen ist Familienförderung. Wichtig ist auch die Anrechnung der Erziehungs- und Pflegezeiten bei der Rente. Starke Familien prägen unsere Städte

und Dörfer und stehen für deren Zukunft. Gerade in einer so starken Region wie Oberbayern ist die Solidargemeinschaft „Ehe und Familie“ besonders wichtig, nicht zuletzt weil Hilfe und Rücksichtnahme dort ihren Ursprung hat. Oft lastet die alleinige Verantwortung für die Erziehung und Betreuung auf einem Elternteil. Weil es nicht zu einer Überforderung kommen darf, müssen auch alleinerziehende Elternteile unterstützt werden. Maßnahmen, wie Unterhaltsvorschuss bis zum Ende der Ausbildung, Unterstützung auf der Suche nach geeignetem Wohnraum, einer nahegelegenen Kinderbetreuungsstätte oder Mittagsbetreuung sind hier unerlässlich.

SICHERHEIT: GEMEINSAM VERTRAUEN SCHAFFEN

Demokratie: Garant für unsere Freiheit

Demokratie ist mehr als nur ein Ordnungssystem. Demokratie ist getragen von der Überzeugung des freien und gleichen Menschen. Demokratie sichert den Raum der freien Rede, in welchem der Mensch Anfänge setzt und aus dem Zusammenspiel verschiedenster Meinungen neue Wirklichkeiten entstehen lässt. Demokratie basiert auf dem Menschenbild von der Würde der Person. Demokratie braucht mutige Menschen, die mit Leidenschaft und der Liebe zur Republik die Freiheit und Gleichheit der Menschen verteidigen und sich gegen alle dumpfen Parolen dazu bekennen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Die Demokratie ist keine Urkunde, die man im Regal verstauben lässt und vergisst. Demokratie muss jeden neuen Tag von allen in unserem Land gelebt, wertgeschätzt und verwirklicht werden, auch zum Schutz unseres Eigentums. Ansonsten werden wir sie verlieren. In Zeiten des Umbruchs brauchen wir eine tiefgreifende demokratische Revolution in unseren Herzen, wir brauchen den Willen zur Demokratie. Wir dürfen kein Land sein, welches das Schicksal einfach nur hinnimmt. Wir als freie Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, das Schicksal unseres Landes selbst in die Hand zu nehmen, um die Gesellschaft und die Welt menschlich zu gestalten.

Gelebte Bürgernähe sowie eine aktive Bürgergesellschaft sind für uns in einer Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir FREIE WÄHLER, dass unsere Bürgerinnen und Bürger aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Bereits bestehende Instrumente der Bürgerbeteiligung wollen wir zügig ausbauen und stärken, für neue moderne Beteiligungsmöglichkeiten sind wir offen.

Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung

Unsere Demokratie, unsere Gesellschaft braucht Sicherheit und Stabilität, im Innen wie im Außen. Es wird zunehmend schwieriger, sicherheitspolitische Entwicklungen vorauszusehen, weshalb es in Zukunft immer mehr darum gehen wird, Krisen und Konflikten vorzubeugen beziehungsweise diese frühzeitig zu erkennen, um angemessen darauf reagieren zu können. Deshalb sollten wir künftig stärker in eine moderne, ganzheitliche Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung investieren.

Frieden durch Diplomatie zu sichern, ist unser Leitsatz. Dazu gehört auch die Akzeptanz anderer Systeme. Kein Land auf der Welt darf als „Oberlehrer“ auftreten, weil dies nur zu einer unnützen Verschärfung von Konflikten führt. Sanktionen verfehlen zeitweise ihre Wirkung und führen zur Verschärfung von Konflikten. Wir FREIEN WÄHLER setzen auf Kooperation und Diplomatie, auf Krisenprävention, eine deeskalierende Außenpolitik und zivile Konfliktlösungen. Dazu gehört es auch, eine funktionierende Verteidigungsarmee zu haben und verstärkt gegen Bedrohungen wie Terrorismus und Cyber-Angriffe gerüstet zu sein. Wir stehen hinter unseren Streitkräften und wollen den Zusammenhalt und Austausch zwischen Bevölkerung und Bundeswehr fördern.

Recht: Garant für Frieden und Sicherheit

Für ein friedliches Zusammenleben braucht eine funktionierende Demokratie einen starken Rechtsstaat. Die Frucht des Rechts ist Sicherheit. Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Allerdings dürfen wir unsere mühsam erworbenen Freiheitsrechte nicht einer vermeintlichen Sicherheit opfern. Denn nur das Recht, das für alle gleich gilt und das auch durchgesetzt werden kann und muss, schafft Sicherheit. Das Recht hat die Freiheit des Menschen zu sichern. Das Recht schafft den Raum, in dem sich jeder Mensch frei und ohne Angst verwirklichen kann.

Die innere Sicherheit war und ist in Oberbayern ein Aushängeschild und ein Garant dafür, dass die Menschen hier gut leben und arbeiten können. Niemand, der in Oberbayern investiert oder sich ansiedelt, muss Angst haben, von Straftaten im öffentlichen Raum heimgesucht zu werden. Damit das auch so bleibt, ist es notwendig, bei der Polizei nachzubessern: sie braucht eine bessere Personalausstattung und eine Ausstattung, die der neuesten Technik entspricht. Sie muss die Chancen der Digitalisierung nutzen und dafür bestens ausgebildetes Personal zur Verfügung haben. Zu überlegen ist auch, eine zweite Polizeischule aufzubauen.

Polizeiliche Einsatzkräfte sind auf soziale Brennpunkte zu konzentrieren, unter anderem braucht es mehr Polizeipräsenz und eine klare Rechtslage (nach italienischem Vorbild) im Kampf gegen Clan- und Mafiakriminalität. Alle präventiven Maßnahmen sind zu unterstützen, die den Katastrophenschutz (insbesondere Feuerwehren) stärken und die Sicherheit von Polizei- und Rettungskräften erhöhen. Hier fordern wir FREIE WÄHLER eine breit angelegte Kampagne, um die Öffentlichkeit für die Bedeutung unserer Sicherheits- und Rettungskräfte zu sensibilisieren. Außerdem muss ausreichend für deren Schutz vor Übergriffen gesorgt werden.

Gleiches Recht für alle

Der Justizstandort Bayern muss gestärkt werden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss gesichert und durch die Eigenverwaltung der Justiz ausgebaut werden. Politische Weisungen widersprechen diesem Gedanken und sind zu vermeiden. Kritisch wird es, wenn die Ernennung von Richtern durch Minister erfolgt, die auch Abgeordnete sind, weil damit Exekutive, Legislative und Judikative de facto in einer Hand liegen und damit verfassungswidrig ist. Budget und Personalhoheit obliegen der Justiz, dem konstanten Personalmangel muss endlich ein Ende gesetzt werden. Sowohl das Rechtssystem als auch die Justiz müssen für die Digitalisierung vorbereitet und ausgestattet sein.

Allerdings muss unser Rechtssystem für die Menschen nachvollziehbar und verständlich sein. Ungerechtigkeiten in einem Rechtssystem beginnen da, wo das Recht nur noch von einer juristischen Elite verstanden wird und es nicht mehr gelingt, das Recht für alle begreiflich darzustellen. Das Recht kann nur dann Sicherheit schaffen, wenn es von allen verstanden und gelebt wird. Denn nur dann weiß jeder, woran er sich orientieren kann, auf was er sich verlassen kann und was er erwarten kann. Macht ist nicht gleich Recht. Vielmehr soll es dem Recht obliegen, Macht zu schaffen und auch zu kontrollieren.



BILDUNG: GEMEINSAM HANDELN LERNEN

Bildende Betreuung auf dem Weg ins Leben

Für uns FREIE WÄHLER bedeutet Bildung nicht nur Wissen sondern auch „Herzensbildung“. Bildung ist Lebensraum. Dafür ist gerade in der frühen Kindheit die Bindung an die Eltern wichtig. Die natürliche Umgebung des Kleinkinds ist die eigene Familie, Freunde und deren Umfeld. Um den Eltern die Schaffung dieses Umfelds zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines Erziehungsgehalts. Ebenso ist es unerlässlich, die Bezahlbarkeit beziehungsweise Gebührenfreiheit der Betreuungsplätze zu prüfen. Es kann nicht sein, dass in unserer Zeit der „Einkelkinder und Kleinfamilien“ die Möglichkeit zur Entwicklung von Sozialkompetenz und Gemeinschaftssinn eine Frage des Geldbeutels ist. Es gilt auch einkommensschwachen Familien den Zugang zu Betreuungs- und Fördereinrichtungen zu garantieren. Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen sind für viele Familien extrem wichtig. Dabei geht es uns nicht nur um die finanzielle Machbarkeit. Ein wichtiger Punkt ist auch

Qualität der Betreuung von Erzieherinnen und Erziehern. Für eine gute Qualität in der Kinderbetreuung sind nicht nur die Kommunen, sondern auch der Freistaat gefordert. Unsere Zielsetzung im KiTa-Bereich: Sachaufwand obliegt den Gemeinden, Personalaufwand dem Staat, analog der Schulausbildung.

Fit für die Zukunft

Bildung muss nicht nur Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart geben. Vielmehr geht es heute mehr denn je darum, fit für die Zukunft zu sein und über Resilienz zu verfügen. Viele unserer täglichen Arbeiten werden von Maschinen übernommen und diese wiederum von Maschinen kontrolliert werden. Damit stehen wir vor neuen Herausforderungen. Bildung muss nachhaltig sein und darf nicht länger auf dem Status Quo verharren, sondern sich wesentlich schneller als in der Vergangenheit an Veränderungen und neue Umstände anpassen. Das Erlernte soll Orientierung und Halt und damit Sicherheit im Alltag geben.





Bereits in der Vor- und später in Grundschule sowie allen weiterführenden Schulen müssen unsere Kinder und Jugendlichen die Chance haben, sich auch mit Dingen und Themen zu beschäftigen, die nicht nur auf Leistung ausgerichtet sind. Es sollte mehr Angebote an Schulfächern im musischen, handwerklichen und sportlichen Bereich geben. Der Schulunterricht in Neigungsfächern ist auszubauen. Auch das Regionalbewusstsein soll gestärkt und in den Schulen die örtliche Mundart wieder respektiert werden. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen mehr darüber erfahren, wo sie zu Hause sind, was hier passiert und was die regionalen Eigenheiten und auch Probleme sind, um später besser für sich entscheiden zu können, was richtig ist.

Faire Chance für alle

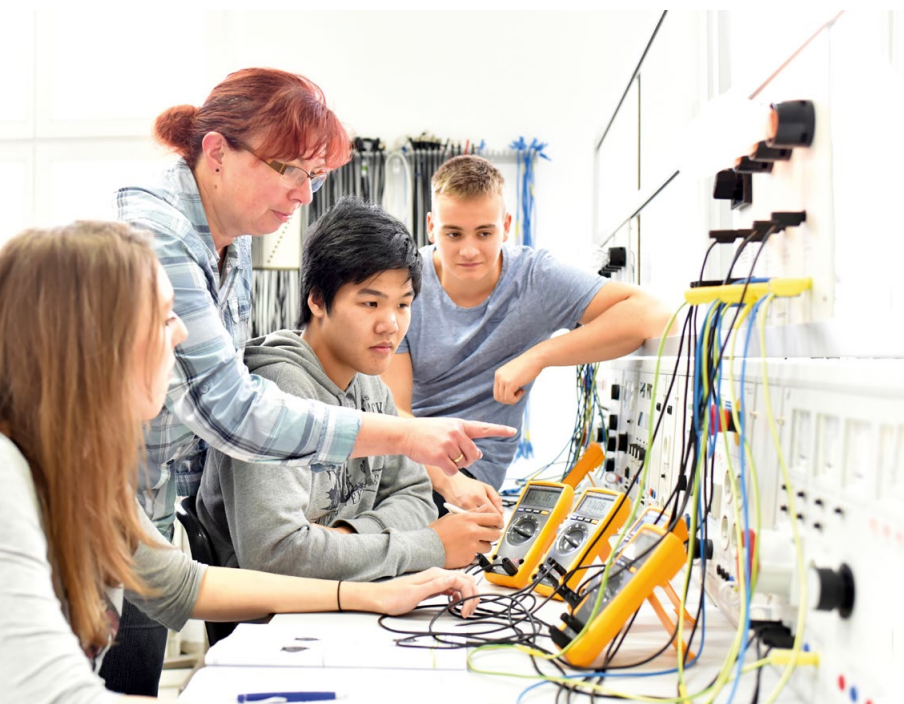
Grundsätzlich befürworten wir die Grundschule am Ort, die es aus unserer Sicht zu erhalten gilt. Kurze Wege und die bekannte Umgebung sind wichtig für die ersten Schritte „weg von zu Hause“. Kleine Klassen fördern die individuelle Entwicklung und bieten ausreichend Möglichkeiten und auch die Zeit, auf Besonderheiten und individuelle Bedarfe einzugehen.

Der Übertritt von der Grundschule auf eine weiterführende Schule muss wieder mehr auf die Entwicklung eines Kindes abgestimmt werden. Der Start der weiterführenden Schulen sollte nicht schon in der fünften Klasse erfolgen, sondern frühestens in der sechsten Klasse, damit sich der Leistungsdruck in der vierten Jahrgangsstufe mindert. Die Kinder werden im

Alter von etwa zehn Jahren bereits extrem auf Leistung und Erfolg „getrimmt“. Die angebliche Chancengleichheit bei differenzierter Schulbildung wird nicht gelebt und auch nicht von den Schülerinnen und Schülern erlebt. Eine echte Aufwertung der verschiedenen Schultypen halten wir FREIE WÄHLER durch eine gesellschaftliche Sensibilisierung für notwendig. Entscheidend ist die Durchlässigkeit unseres Schulsystems.

Mehr als Wissen: Bildung schafft Zukunft

Wir setzen auf den Aufbau von unten nach oben, von der kleinen Einheit zur größeren. Demgemäß brauchen Schulen mehr Freiraum. Ein bundesdeutsches Zentralabitur macht nur dann Sinn, wenn auch wirklich alle Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern einen einheitlichen Lehrplan und Schwierigkeitsgrad zu bewältigen haben. Das bayerische Gymnasium soll insbesondere eigenständiges Denken lehren und nicht nur Detailwissen vermitteln. Der Zugang auch in höhere Klassen des Gymnasiums muss erfolgreichen jungen Menschen aus anderen Schulformen wirklich offenstehen, und sich nicht aufgrund unterschiedlicher Fächer und Anforderungen schwierig gestalten. In den einzelnen Schularten Bayerns, Gymnasien, Realschulen, Wirtschafts- und Privatschulen, sollte die Zusatzqualifikation des „Externen Qualis“ ohne erheblichen Zeitaufwand möglich sein. Hierfür muss eine zusätzliche Unterrichtseinheit geschaffen werden, um ergänzend zum normalen Unterricht zielorientiert darauf vorbereitet zu werden.



Schule und Wirtschaft: Hand in Hand für die Region

Für die Zukunft unserer Kinder ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und lokaler Wirtschaft nötig. Die Schülerinnen und Schüler müssen mehr Möglichkeiten erhalten, sich Berufe und Betriebe anzusehen. In allen Schularten sollte mehr Raum für Praktika geboten und eine Berufs- und Studienorientierung eingeführt werden. Die regionale Wirtschaft muss aber auch ihren Beitrag leisten und durch intensive Aufklärungsarbeiten, Tage der offenen Türen, Berufsbildungstage und ähnliches angehenden Absolventen die Möglichkeit bieten, sich Betriebe von innen anzusehen, um ein Gefühl für die bevorstehenden Anforderungen zu erhalten. So erhalten junge Menschen einen Einblick in die regionale Arbeitswelt und können sich dadurch ihren Neigungen und Kompetenzen entsprechend gezielter bewerben. Bei den Gymnasien könnte man sich dabei am österreichischen System orientieren. Hier können die Schülerinnen und Schüler nach der achten Klasse wählen, ob sie die Oberstufe besuchen oder ihre Schulausbildung auf einem Oberstufenrealgymnasium beenden möchten.

Eine Ausbildung beziehungsweise berufliche Bildung mit Hilfe eines dualen Ausbildungssystems ist in jedem Fall zu stärken und zu fördern. Nur so kann die Jugend von heute die Herausforderungen von morgen meistern. Aus unserer Sicht ist es wichtig, eine Gleichstellung zwischen beruflicher und akademischer Bildung herbeizuführen.

Schule und Medienkompetenz

Gerade während der Pandemie zeigte sich, wie wichtig Digitalisierung in Schulen ist. Wir plädieren dafür, dass in allen Lehramtsstudiengängen eine Sensibilisierung mit verschiedensten Medien vermittelt wird und aktives Lehrpersonal verpflichtend darin geschult wird. Wir sehen es auch als unumgänglich an, dass bereits in der Grundschule der richtige Umgang mit Medien gelehrt wird. Spielerisch kann gelernt werden, wie Technik funktioniert, aber auch wie wichtig es ist, verantwortungsvoll damit umzugehen. Sowohl das Thema „Internetsicherheit“ als auch „Internetsucht“ müssen ausführlich behandelt werden und Schülern eine Medienkompetenz vermittelt werden. Teil der Wissensvermittlung muss auch sein, hinter die Kulissen schauen zu können, Technik zu verstehen und nicht nur Programme auf dem Computer oder Smartphone öffnen zu können.

Bezahlbare Bildung für alle

Privatschulen versorgen in Bayern einen höheren Anteil Kinder und Jugendlichen als in anderen Bundesländern. Bestehende Nachteile der Finanzierung privater gegenüber staatlicher Schulen sollen angepasst werden. Bildung muss für alle gleichermaßen bezahlbar sein und darf keine Frage der Herkunft und des Geldbeutels werden. Das Entstehen von „Eliteschulen“ sollte entschieden vermieden werden.



Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft

Universitäten sind für die Wissenschaft da, nicht für die Wirtschaft. Die Humboldtschen Ideale der Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Bildung durch die Wissenschaft gelten auch in unserer Zeit. In den letzten Jahrzehnten sind besonders in den Geisteswissenschaften viele Lehrstühle verschwunden. Dieser Entwicklung muss in jedem Fall entgegengewirkt werden. Zudem gilt es, die Grundlagenforschung an die Universitäten zurückzuholen. Die bisher vernachlässigte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist eine wichtige Aufgabe unserer Hochschulen. Bayerische Studienplätze sollen vorrangig bayerischen Studienbewerbern offenstehen. Dazu wollen wir wieder einen „Landeskinderbonus“ einführen. In Studiengängen mit besonders starker Nachfrage kann mittels einer „Auswärtigenquote“ Studierenden aus dem Ausland ein wissenschaftliches Studium in Bayern eingeräumt werden. Eine Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen sehen wir FREIE WÄHLER als nicht notwendig an.

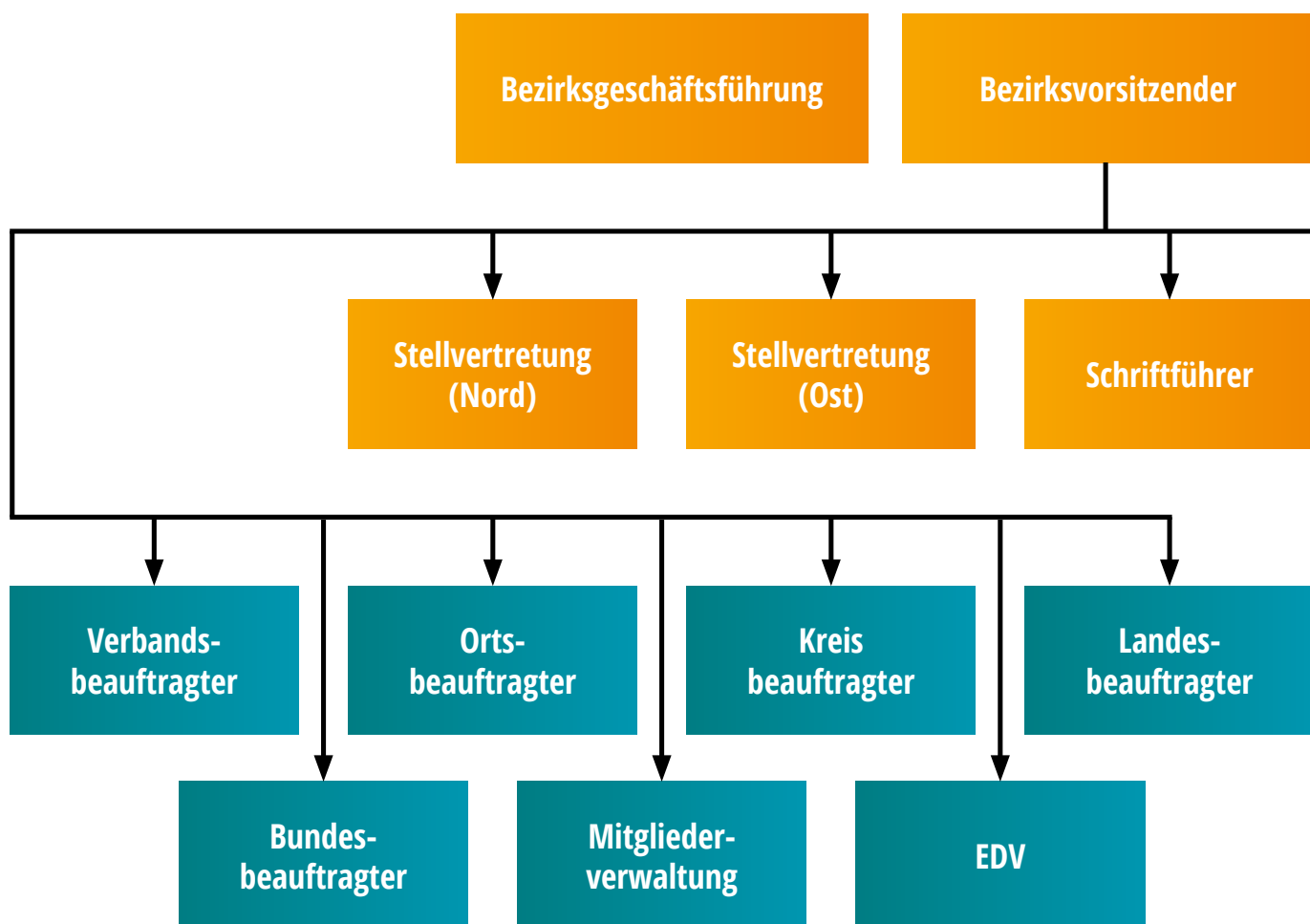


ORGANIGRAMM

KÜNTIGER VERBANDS- UND PARTEISTRUKTUR

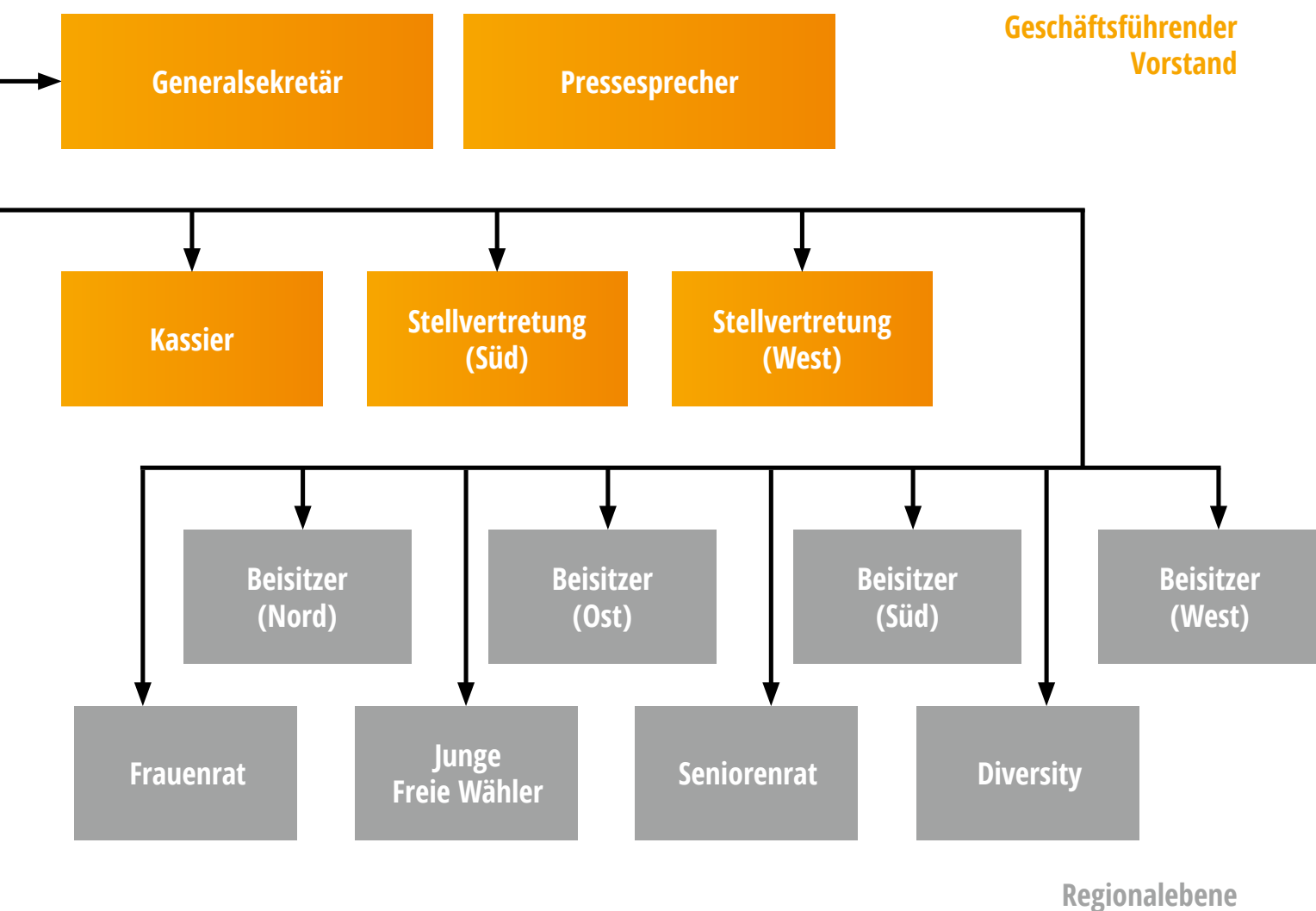
FREIE WÄHLER: Die starke kommunale Kraft!

Um den Schulterschluss von der kommunalen Ebene bis zur Bundesebene zu ermöglichen, muss die Organisationsstruktur modernisiert und erweitert werden. Gemeinsam geht's besser, deshalb sind wir für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf allen Ebenen da!



Fachverbandsebene

Gemeinsam geht's besser!
Vereinigung und Verband:
Hand in Hand.



MASSNAHMENKATALOG



Zukunft – eine Herausforderung mit großen Chancen!

Globalisierung

- Förderung einer kulturerhaltenden Integration
- Maßvoller Freihandel
- Soziale Marktwirtschaft exportieren
- Einheitliche und abgestimmte Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung
- Entwicklungshilfe gehört auf den Prüfstand. Die Leistungen müssen eingestellt werden für Länder, die sie über viele Jahre bekommen haben, und uns wirtschaftlich mittlerweile auf Augenhöhe begegnen. Gleiches gilt für Länder, die unsere europäischen Werte nicht anerkennen.
- Fachkräftebonus
- Ausbildungsplatzprämien

Digitalisierung und KI

- Regulierung und Anpassung von Datenschutzgesetzen
- Vorbild Estland – ein Musterland in der Digitalisierung und e-government
- Kommunen entsprechend aufrüsten
- Flächendeckendes Internet, Ausbau von Glasfaser, Breitband und 5G im ländlichen Raum
- Entschlackung der DSGVO
- Digitalbonus für den Mittelstand

Halt – Orientierung – Sicherheit

Soziale Absicherung

- Sichere Rente, z.B. nach österreichischem Vorbild
- Einführung der Mütterrente
- Soziale Absicherung (Solidarität ist Sicherheit)
- Sozialgerechte Bodennutzung
- Kontrolle des Flächenverbrauchs
- Einfach gestaltetes Erbpachtrecht
- Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Bekämpfung der zunehmenden Kinder- und Altersarmut
- Barrierefreiheit für alle kommunalen Einrichtungen
- Ehegattensplitting auch auf andere Lebensgemeinschaften und Familienverbindungen mit Kindern erweitern

Wohnen – Arbeiten – Leben

- Bezahlbarer Wohnraum für alle Generationen
- Mietpreisbegrenzungen und eine weitergehende
- Förderung von bezahlbarem Wohnraum in den Mittelpunkt rücken
- Schaffung von sozialem Wohnraum
- Unterstützung der Familien bei Wohnraumbeschaffung



Halt – Orientierung – Sicherheit Gemeinsam geht's besser!

- Rückkehrrecht nach Elternzeit oder Schwangerschaft
- Zeit der Babypause erleichtern
- Soziale Marktwirtschaft
- Gesellschaftsfreundliche Arbeitswelt
- Angebot von Home-Office Arbeitsplätzen erweitern
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten
- Ausweisung von innovativen und sozialen Mischgebieten (Arbeiten und Wohnen)
- Familienfreundliche Arbeitszeiten
- Kommunen müssen durch verantwortungsbewusste Festsetzung der Hebesätze sicherstellen, dass die Grundsteuerreform nicht zu Mehrbelastungen führt.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

- Stärkung der lokalen Infrastrukturen
- Steigerung der Lebensqualität in anderen Regionen, um den Zuzug in den Speckgürtel Münchens zu reduzieren
- Wohnortnahe Arbeitsplätze
- Siedlungsdruck reduzieren
- Regionale Lieferketten und Wertschöpfung
- Ortskerne und lokale Infrastruktur reaktivieren
- Bessere kommunale Abstimmung

Gesundheit und Pflege

- Starke regionale medizinische Struktur
- Gute ärztliche Versorgung vor allem in ländlichen Gebieten
- Das Netz an medizinischen Versorgungszentren erweitern
- Flächendeckendes Angebot an Pflegestützpunkten, Pflegeeinrichtungen, Tagespflege etc.
- Erhöhung der Pflegeschlüssel in allen in Frage kommenden Bereichen
- Stärkung der Notaufnahmen
- Achtsamer Umgang mit Klinikärzten und Klinikpersonal durch bessere Arbeitszeiten
- Ausbildungsprämien für alle Pflegeberufe einführen
- Bayerisches Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern (BayKiBiG) grundlegend überarbeiten und den aktuellen Anforderungen anpassen.
- Dokumentationspflicht reduzieren – Pflege-Fachkräfte sollen sich in erster Linie um die Pflege/Betreuung kümmern können
- Kliniken: eine flächendeckende Finanzierung durch Krankenkassen und Sozialträger ist vom Staat durchzusetzen

Jugend und ältere Menschen

- Begegnungsstätten für junge und ältere Menschen
- Generationsübergreifende Hilfsangebote (Einkaufsdiensten, Hausaufgabenhilfe etc.)
- Förderung von Selbstbestimmung im Alter
- In die Pflege investieren (Pflegeschlüssel anpassen, bezahlbarer Wohnraum für Pflegekräfte, Fort- und Weiterbildung, Fachkräftezuwanderung fördern, Bürokratie vermindern...)

Wohnen – Arbeiten – Leben. Gemeinsam geht's besser!

Migration und Integration

- Einwanderung nach kanadischem Modell
- Verpflichtende und ausreichend angebotene Sprachkurse
- Vermittlung deutscher Gesetze, kultureller Werte und der Demokratie
- Teilhabe am Gemeinde- und Vereinsleben
- Praxisorientierte Förderkurse
- Vernetzung auf Bundesebene zur Regulierung der Flüchtlingsströme
- Verteilungsschlüssel von Immigranten, um eine Ghetto-bildung zu verhindern
- Kulturellen Austausch fördern
- Bedarfsgerechte Einwanderung aufgrund des Fachkräftemangels und Anerkennung bestimmter Qualifikationen

Sport und Kultur verbinden

- Sportvereine und Ehrenamtliche unterstützen
- Ansiedlung von Sportgruppen fördern
- Öffentliche Räume und Einrichtungen zur Verfügung stellen, auch für moderne Sportarten
- Schwimmbäder sollten trotz Energiekrise erschwinglich bleiben
- Schaffung und Pflege von Sportanlagen, die allen zugänglich sind
- Bei Bibliotheken sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung (e-Paper, Fernleihe) stärker genutzt werden, was ein größeres Angebot v.a. im ländlichen Raum bedeutet bei gleichzeitiger Kostenersparnis
- Ob Kunst, Kultur oder Brauchtum – sie sind verbindende Element unserer Gesellschaft, bringen Menschen zusammen und regen über die Unterschiedlichkeit der Menschen hinweg zum Austausch an.



Sicherheit bei der Infrastruktur

Straßen- und Schienennetz

- Verbesserung des Straßennetzes B471 und B304
- Ausbau B304/B299 (Chemie-Dreieck), Sicherung der Export-Arbeitsplätze und Zugang zum Weltmarkt
- S-Bahn Bau/Ausbau Nord- und Südring als Ergänzung bzw. Tangential-Verbindung
- Ausbau der B16 zwischen Ingolstadt und Donauwörth
- Verbesserung der Verkehrsanbindung zwischen Neuburg und Audi
- Walpertskirchner Spange (Töging – FH MUC)
- Elektrisierung der Bahn in ganz Bayern
- Ringautobahn um München schließen
- Entlastung B15alt durch Ortsumfahrung
- A94 – Brennpunkt der Region (Spaltung Untertaufkirchen, Zerschneidung der Landschaft)
- Lärmschutz am Brennerzulauf
- Ausbau der A8 bis zur Landesgrenze
- Ertüchtigung der B472
- Keine Zulassung der sog. Gigaliner
- Trennung von Güter- und S-Bahnverkehr
- Einsatz von mit Wasserstoff betriebenen Bussen
- Investitionen in alternative Mobilitätsangebote (Otto-, Seil-, Magnetbahnen, Flexi-Systeme etc.)
- ICE-Anbindung des Flughafens zur Reduzierung von Inlandsflügen
- Massiver Ausbau eines attraktiven Fahrradnetzes in Stadt und auf dem Land (Fahrradautobahn)

ÖPNV

- Vereinfachung ÖPNV, Tarifsystem
- Günstige Preise beim ÖPNV
- Automatische Fahrgastzählsysteme zur Analyse der Verkehrsströme
- Taktlücken schließen
- Bezahlbares Bahn- und Busangebot an jedem Ort
- Pendlerparkplätze (Park&Ride)
- Parkgebühren mit Tagesticket vom MVV verbinden
- Verbindung der MVV-Außenäste an S1, S3 und S7
- Ausbau S-Bahnnetz: S1 (zweispurig), S4 (vierspurig), S7 (zweispurig)
- Höhengleicher Kreuzungsausbau S-Bahn/Straße
- Verlängerung S4 bis Kaufering
- S-Bahnausbau zum Flughafen
- Erweiterung und Ausbau des S-Bahn-Netzes
- Verbesserung der Pünktlichkeit
- Zweigleisiger Ausbau der Bahn München Garmisch-Partenkirchen



- Lücken schließen im Bahnnetz (z.B. Altmünster-Aichach, Erding-Flughafen, Ringbahn)
- Erweiterung des MVV-Netzes bis Lenggries
- Ausbau des MVV-Netzes bis Weilheim, dann zweigleisig ab Tutzing bis Weilheim
- Ausbau des MVV bis Garmisch
- Verbesserung des Busnetzes am Tegernsee (Querverbindungen, Anbindung umliegender Dörfer)
- Ausbau der eingleisigen Bahntrassen und Erweiterung auf Halb-Stundentakt
- Kreisübergreifende Mobilitätskonzepte (abgestimmt auf Bevölkerungszuwächse)
- Verbesserung der Zugverbindung von Traunreut zum Flughafen (Ziel 60min zum Flug)
- Einsatz neuer ÖPNV-Angebote
- Einsatz von Bussen mit Wasserstoff- oder Elektroantrieb
- On Demand-Beförderungsangebote
- Ausbau von Park & Ride Optionen
- Erweitertes und einheitliches Angebot von E-Bike Stationen (Haltestellen ÖPNV)
- Ingolstadt: Ausbau Schienenhalt Audi, P&R Weichering, P&R in und um die Stadt herum
- Zusätzliche Bahnhalte mit P&R auf Bahnstrecken im Außenbereich (v.a. an viel befahrenen Straßen)

E-Mobilität

- Förderung der E-Mobilität und Standardisierung der Ladesysteme durch staatliche Hilfe
- Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Steigerung der Attraktivität von Bussen und privaten Fahrdiensten (bezahlbare Preise)
- Verknüpfung von Car-Sharing-Angeboten in München mit denen im Umland
- Kommunen Fuhrpark: Pedelecs, Electroautos, Elektrobusse und Abfallsammelfahrzeuge, Ausbau E-CarSharing-Points
- Fahrradverleihstationen an Bahnhöfen
- E-Autos fördern, aber nicht generell bevorzugen

Faire Arbeit – Fairer Lohn - Verbraucherschutz

- Preisstabilität für das Handwerk
- Faire Bezahlung im Versorgungssektor (Krankenschwestern, Pflegepersonal, Altenpflege, Kindergartenpersonal etc.) und Aufwertung des Berufsbildes
- Arbeitszeiten und Bezahlung der Pflegekräfte nach dem Schweizer System
- Verlässliche Arbeitslosenversicherung
- Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte
- Fürsorglicher Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Remote-Arbeitsmöglichkeiten
- Flexible Arbeitszeiten für Beschäftigte
- Meisterpflicht bedeutet Qualifikation und Qualitätssicherung
- Meisterbildung soll vom Staat bezahlt werden
- Bergregionen stärken (Arbeitsplätze schaffen, Leben vor Ort aufwerten)
- Ausbau der staatlichen Lebensmittelüberwachung

Ökologische Energie

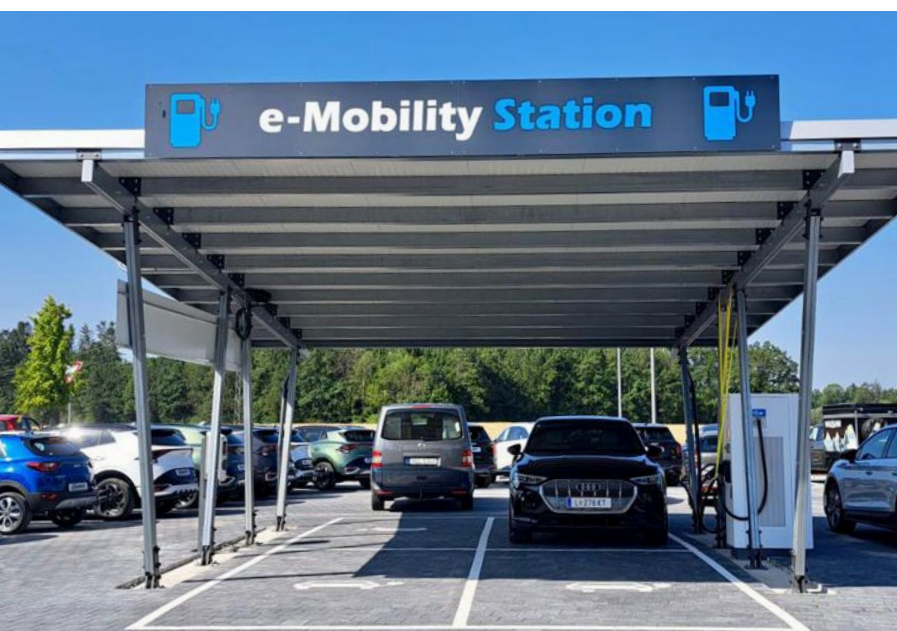
- Bessere Nutzung der Müllverbrennung zur Energiegewinnung
- Energie-Panels auf Lärmschutzwällen etc. zur Verbesserung der Energieeffizienz der Kommunen
- Förderung der EEG-Arten und regionalen Erzeuger
- Atomkraftwerke nicht abreißen, sondern als Industriedenkmal erhalten oder Umnutzung der grauen Energie (z.B. Kühlturm als Hochregal nutzbar)
- Die Pläne für die dritte Startbahn sind im Hinblick auf die Energiewende einzustellen

Regionale Wertschöpfung

- Förderung des naturnahen Tourismus (Hauptziele sind Lenkung und Absicherung)
- Lärmschutzwall (ggf. aus Glas) an der A8 für die betroffenen Gemeinden
- Informationskampagne über die Landwirtschaft
- Heimische Lebensmittelberatung in den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten
- Aufforstung der Wälder

Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie

- Überdenkung der aktuellen EnEV
- Brandschutzverordnung muss für den Otto-Normalverbraucher machbar und erschwinglich sein
- Die Bevölkerung für die Rolle der Landwirtschaft sensibilisieren
- Planungssicherheit für die Landwirtschaft schaffen



Generationsübergreifende Finanzen

- Größenwahnsinn im Baugewerbe stoppen
- Steuergesetze für sozial verträglichen Wohnbau verbessern
- Betriebsentnahmesteuer für Wohnungsbau neu regeln
- Rückstellungsregelungen für Wohnungsbau und Grundstücksentnahmen verbessern
- Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen
- Höhere Abschreibung für Mietobjekte bei niedriger Miete
- Keine steuerliche Mindestmiete
- Lockerung des §35 für Nachnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden im Außenbereich zu Wohnzwecken (alte Bauernhöfe dürfen im Rahmen des vorhandenen Baukörpers zu mehr als drei Wohnungen umgebaut werden)
- Entschlackung der Bauvorschriften



Verantwortung für Kinder und Erwachsene

- Kostenlose Kinderbetreuung ermöglichen
- Ausreichendes qualifiziertes Betreuungspersonal für Krippen und Kindergärten
- Anreize schaffen für den Verzicht auf den Individualverkehr
- Kommunen müssen Anreize für die Ansiedlung von Handwerk schaffen, um die Berufe für die nächsten Generationen zu erhalten
- Erhalt des Vorsorgeprinzips

Regionale Wertschöpfung. Gemeinsam geht's besser!

Offen sein für Neues

- Schaffung von Mehrgenerationenhäusern
- Akzeptanz von alternativen Wohnformen
- Innenverdichtung zulassen
- Einheimischen-Modelle forcieren, um die nächste Generation am Ort zu halten
- Schaffung von Stellen bei staatlichem Landratsamt zur Wohnraumförderung
- Veränderung des Steuerrechts bei Wohnraumförderung (Steuervergünstigung)
- Steuerliche Anreize für Grundstücksbesitzer bei Reinvestition
- Ausbau und Förderung von Treffpunkten für Jung und Alt (ggf. Reaktivierung der Infrastruktur)
- Die Reaktivierung und Belebung von Ortskernen sind der Ausweisung von neuem Baugrund vorzuziehen und zu fördern

Solidarität und regionale Vielfalt

- Erhalt der Kulturlandschaft für die einzelnen Regionen
- Umsichtiger Umgang mit Naturschutzgebieten
- Regionale Produkte höher bewerten, den Billigmarkt aus dem Ausland stoppen
- Förderung des Gesundheits- und Ernährungsbewusstseins

Starkes Ehrenamt

- Unterstützung und Honorierung von ehrenamtlicher Arbeit
- Abbau der Bürokratie im Ehrenamt
- Haftungsrisiken minimieren
- Anpassung der Steuerfreibeträge
- Vergünstigte oder freie Fahrt mit dem ÖPNV

Politik fängt an der Haustür an

- Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung
- Sicherung der kommunalen Wasserversorgung
- Förderung einer autarken Selbstversorgung
- Verbesserung der Ortsbilder, Leerstände verhindern

Landschaft ist Leben

- Erhalt der dörflichen Strukturen
- Erhalt des ländlichen Charakters als Wohlfühlfaktor
- Erhalt und Pflege der Naturschutzgebiete, i.B. des „Sudelfelds“
- Förderung von allgemeinen Einrichtungen statt Vertretung von Investoreninteressen

Freiheit und Recht

- Recht für gemeindliche Wertschöpfung bei der Bauleitplanung klar regeln
- Konnexitätsprinzip strikt einhalten
- kommunale Zusammenarbeit fördern und fördern
- Vergaberichtlinien pro Kommunen erleichtern
- Bürgerbeteiligungen stärken, auch online ermöglichen, ggf. Bürgerbegehren mit höheren Quoren
- Volksabstimmungen für Bezirksebene, Bund und Land
- Informationsfreiheitsgesetz für Bayern und den Bund
- Jugend- und Seniorenbeiräte verpflichtend institutionalisieren

Frieden im Innen wie im Außen

- Der Frieden muss um jeden Preis erklärtes Ziel sein.
- Erhöhung der Polizeipräsenz
- Gegen Clan- und Mafia-Kriminalität nach italienischem Beispiel mit aller Härte vorgehen und ggf. Gesetzeslage nachjustieren

Gleichberechtigung - Akzeptanz

- Barrierefreiheit und Inklusion im öffentlichen und privaten Bereich endlich umsetzen
- Mehr Frauen in Führungspositionen, Wissenschaft und Politik
- Gewalt gegen Frauen muss unterbunden werden
- Recht für gemeindliche Wertschöpfung bei der Bauleitplanung regeln
- Kommunales Wahlrecht auf 16 Jahre senken

Verbraucherschutz

- einfache Kennzeichnung z.B. Lebensmittelampel
- Ernährungs- und Gesundheitslehre in die Lehrpläne aufnehmen
- Klare Strafen für Verursacher

Familie als Vorbild für Kinder

- Bessere Unterstützung für Alleinerziehende
- Stärkung aller Familiensysteme
- Familienfreundliche Arbeitszeiten

Bildende Betreuung

- Schülerinnen und Schüler aller Schultypen sollen generell besser auf das Berufsleben vorbereitet werden durch praxisorientiertes Lernen und drei verpflichtende Praktika jeweils im sozialen, handwerklichen und kaufmännischen Bereich
- Modernisierung von Kindergärten
- Haupt- und Realschulqualität muss wieder besser werden
- Mehr Bildungsqualität für das Handwerk
- Förderung des dualen Ausbildungssystems, auch für Hochschulen



Bildung ist mehr als Wissen – Bildung schafft Zukunft

- In den Realschulen soll eine Wochenstunde zusätzlich für Berufsbildung, Bewerbung und Orientierung eingeführt werden
- Ausbau der Berufsschule Ingolstadt
- Wiedereinführung des alten Grundschulsystems bis zur 6. Klasse, um den Kindern mehr Zeit zur Orientierung zu geben und den Leistungsdruck zu vermindern
- Kleinere Schulklassen
- Heimatkunde und Brauchtum als Unterrichtsfach
- Fortlaufende Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals
- Ausbildungsberufe stärken, indem der Übergang auf die FOS/BOS auf die Note 2,5 gesenkt wird.

Technologie – Innovation für die Zukunft

- Bildungseinrichtungen am Bedarf der Zukunft orientieren
- Arbeiten mit FutureLabs, die einen praktischen Einblick in Ideen und Technologien geben, die unsere Welt in den nächsten Jahren verändern
- Bayernschul-Cloud einführen
- Schüler-ID für alle Schulen vom Anfang bis zum Ende
- Unterrichts-Cloud anbieten

Faire Chancen für Alle

- Bau eines Bildungszentrum für die Landwirtschaft, um Bäuerinnen verschiedene Standbeine zu geben (z.B. Fortbildung Altenhilfe und Hauswirtschaft)
- Bildung muss sich jeder leisten können
- Bildung darf keine Frage der Herkunft oder des Geldbeutels sein
- Image der sozialen Berufe aufwerten und deren Attraktivität steigern



Faire Chancen für alle. Gemeinsam geht's besser!

Bildungsregionen als starke Förderer

- Universität für den Bildungslandkreis Dachau
- Bessere Verbindungen zwischen Hoch- und Berufsschulen und Arbeitgebern zur Feststellung des Bedarfs
- Bildungsk Kooperation zwischen Traunstein-Rosenheim-München
- Anpassung der Lehrpläne an die Neuzeit für alle Schulsysteme

Gebührenfreiheit für Betreuung und Bildung

- Unterstützung von Bildungseinrichtungen vor Ort zur Vermeidung kosten- und zeitintensiver Wege
- Kostenfreier zweiter Bildungsweg (analog zum Hochschulstudium)
- Kostenlose Kinderbetreuung

Internet und Schule

- Verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet lehren
- Lehrpersonal muss mit Digitalisierung, KI und den verschiedensten Medien vertraut sein



FREIE WÄHLER Oberbayern. e.V.
Florian Streibl
Schaffelbergstraße 2
82487 Oberammergau

